

Prof. Dr. sc. Wilfried Hanisch

Herbst 1989 – NVA und Grenztruppen der DDR.

Chronologie wesentlicher Handlungen und Rahmenbedingungen

April 1989

Eine Überprüfung der 7. Panzerdivision erbringt, daß diese - bedingt durch langfristige Einsätze ihres Personals in der Produktion - lediglich zu 60 Prozent sofort verfügbar ist. Aus gleichem Grunde hatte man die Hälfte aller mot. Schützenregimenter aus dem ständigen System der Gefechtsbereitschaft herausnehmen müssen. Von den Divisionen der NVA befinden sich durchschnittlich jeweils zwischen 1100 und 1800 Armeeingehörige im Arbeitseinsatz.

1. Mai

Im Rahmen der im Januar 1989 vom Nationalen Verteidigungsrat der DDR beschlossenen einseitigen Truppenreduzierungen wird in den 6 NVA-Divisionen je ein Panzerregiment aufgelöst und zu einer sog. Ausbildungsbasis umgestaltet, aus der die Wehrpflichtigen nach 6 bzw. 12 Wochen militärischer Ausbildung für den Rest ihrer Dienstzeit zum Arbeitseinsatz in Produktionsbetriebe gehen sollen. Noch im Juni lösen sie fast ein Drittel jener Truppen der ständigen Gefechtsbereitschaft ab, die bis dahin im Produktionseinsatz waren.

10. Juli

Bereits 12 819 NVA-Angehörige befinden sich in Bereichen von 10 Fachministerien mit ca. 80 Kombinat und Betrieben im ganzjährigen Arbeitseinsatz. Dieser sollte lt. „vorläufigen Berechnungen der Staatlichen Plankommission“ für 1989 einen Zuwachs an industrieller Warenproduktion in Höhe von ca. 1 Mrd. Mark erbringen, wodurch vor allem zusätzliche Exporte in Höhe von 120 Millionen Valuta-Mark in das sozialistische sowie von 64 Millionen Mark in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet und die Ablösung von Importen aus diesem Gebiet in Höhe von 185 Millionen Valuta-Mark ermöglicht werden sollten.

26. September

Der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, E. Honecker, erläßt den Befehl Nr. 8/89 über „Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, anläßlich des 40. Jahrestages der DDR“, der davon ausgeht, daß „bestimmte Kreise in der BRD und BERLIN (WEST) sowie von ihnen ausgehaltene und beeinflusste Gruppen“ die Vorbereitung und Durchführung dieses Jahrestages „zu einer außergewöhnlichen Hetzkampagne gegen unsere sozialistische Gesellschaftsordnung sowie gegen das gesamte Volk der DDR und zur Störung des Ablaufs des normalen Lebens“ benutzen. Zur „Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung“ in Berlin „und zur Verhinderung von Provokationen unterschiedlicher Art bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen anläßlich der Feierlichkeiten“ ordnet er für die Bezirkseinsatzleitung Berlin sowie für die Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke „mit sofortiger Wirkung“ an, „die Führungsbereitschaft in ihren stationären Objekten herzustellen“ (diese Einsatzleitungen waren die territorialen Organe in der DDR zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand und zur Gewährleistung wesentlicher Aufgaben unter solchen Bedingungen).

27. September

Der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, H. Keßler, erläßt den Befehl Nr. 105/89 über „Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung anläßlich des 40. Jahrestages der DDR“, der für die gesamte NVA vom 6.10. 06:00 Uhr bis zum 9.10. 06:00 Uhr die bei solchen Anlässen auch früher schon übliche „Sicherheitsperiode“

festlegt, einschließlich der „Verstärkten Grenzsicherung“ für die Grenztruppen der DDR vom 3.10. 06:00 Uhr bis zum 9.10. 06:00 Uhr. Neu ist, daß darüber hinaus bestimmte Truppen im Raum Berlin (ein Einsatzkommando des NVA-Wachregiments, ein Mot.-Schützenbataillon in Stahnsdorf, eine Fallschirmjägerkompanie in Lehnin und eine Hubschrauberstaffel auf dem Flugplatz Brandenburg/Briest sowie Einsatzeinheiten der Grenztruppen) „als Reserven vorzubereiten“ und für die erstgenannte Zeit „in Bereitschaft zu halten“ sind. Die Bereitstellung der Reserven habe mit dem Ziel zu erfolgen, im Zusammenwirken mit den Kräften des MfS und des Mdl „jederzeit zuverlässig Aufgaben zur Gewährleistung der gesamtstaatlichen Sicherheit, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie einer stabilen politischen Lage in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, erfüllen zu können“.

30. September

In der Nacht zum 1. Oktober passieren 6 Reisezüge mit überwiegend jugendlichen DDR-Bürgern, die durch die Besetzung der BRD-Botschaft in Prag ihre Ausreise erzwingen, den Dresdener Hauptbahnhof. Gemäß einer Prestige-Entscheidung Erich Honeckers müssen die Züge die Route über DDR-Territorium nehmen, um durch das Erledigen von Ausreiseformalitäten während dieser Zeit zu demonstrieren, daß die Ausreisegenehmigung eine Entscheidung der DDR und nicht anderer Staaten sei.

3. Oktober

Nach der „zeitweiligen Aussetzung“ des visafreien Reiseverkehrs für DDR-Bürger in die CSSR sammeln sich immer mehr Ausreisewillige aus allen Bezirken der DDR auf dem Dresdener Hauptbahnhof. Als diese einen Leerzug Richtung Prag stürmen, wird gegen 23.00 Uhr der Bahnhof erstmalig von Einsatzkräften der Volkspolizei geräumt.

4. Oktober

Der Verteidigungsminister der DDR, H. Keßler, teilt in einem Schreiben an E. Honecker mit, daß anlässlich eines am gleichen Tage stattgefundenen informellen Gesprächs in Wünsdorf der Oberkommandierende der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, Armeegeneral Snetkow, u.a. seine Gewißheit zum Ausdruck gebracht habe, „daß unter Führung der SED die sich aus der gegenwärtigen Situation ergebenden Aufgaben und die Anforderungen der Zukunft erfolgreich bewältigt werden. Die DDR ist ein festes Glied der sozialistischen Staatengemeinschaft und auf das engste mit der Sowjetunion verbunden. Es wird niemals eine Abschottung der DDR geben. Dafür spricht auch die Anwesenheit der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte auf dem Territorium“ der DDR.

4. Oktober

Nachdem sich bereits tagsüber zunehmend mehr Ausreisewillige im Dresdener Hauptbahnhof sammelten, blockieren in den Abendstunden ca. 20 000 aus allen Teilen der DDR die Bahnsteige und Vorplätze, um auf die angekündigten weiteren drei Züge aus Prag in Richtung BRD aufzuspringen. Die Polizei versucht, die Gleis-anlagen zu räumen. Dabei eskaliert beiderseits die Gewalt, so daß es auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte gibt und große Teile des Bahnhofs sowie seines Vorgeländes verwüstet werden. Die Bemühungen des damaligen Vorsitzenden der SED-Bezirksleitung, H. Modrow, in letzter Minute doch noch eine Veränderung der Fahrtroute der Züge über Bad Brambach direkt in die Bundesrepublik zu erwirken und dadurch eine drohende Katastrophe abzuwenden, schlagen fehl. Da die Polizeikräfte nicht reichen, um die gefahrlose Durchfahrt der Züge zu sichern, befürwortet er telefonisch beim Verteidigungsminister die bereits vom Polizeichef an den Chef des Hauptstabes der NVA gerichtete Bitte um zusätzliche Unterstützung. Daraufhin erhält der zur Vorbereitung der Militärparade zum 40. Jahrestag der DDR in Berlin weilende Chef der Militärakademie, Generalleutnant Gehmert, den Auftrag, unverzüglich im Raum Dresden stationierte Kräfte der NVA zur Unterstützung der Volkspolizei zu formieren.

4. Oktober

Eine Weisung des Ministers für Nationale Verteidigung löst in den Kommandos der Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte/Luftverteidigung der NVA und der Grenztruppen der DDR sowie in deren nachgeordneten Führungsorganen und in der Militärakademie „Friedrich Engels“ die „Erhöhte Führungsbereitschaft“ aus.

Mit der gegen 22.30 Uhr für den Militärbezirk Leipzig der NVA, für die Offiziershochschulen der Landstreitkräfte und der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung sowie für das Transporthubschraubergeschwader 34 ausgelösten Alarmstufe „Erhöhte Gefechtsbereitschaft“ wird noch in der Nacht begonnen, speziell für den Raum Dresden unter Leitung des Chefs der Militärakademie „Friedrich Engels“ erstmalig eine NVA-Gruppierung zur Unterstützung der Volkspolizei zu schaffen. Ihr gehören an: Teile der 7. Panzerdivision Dresden, der Militärakademie sowie der Offiziershochschulen Löbau, Kamenz und Bautzen – ohne strukturmäßige Technik und Bewaffnung. Aus ihnen werden 6 „nichtstrukturmäßige Hundertschaften“ gebildet, zunächst mit der „persönlichen Waffe“ (MPi mit 30 Schuß bzw. Pistole mit 12 Schuß) ausgerüstet, d.h. nicht in den militärischen Strukturen und nicht mit der ihnen entsprechenden Kampftechnik und Bewaffnung. Weil für einen inneren Einsatz von Teilen der NVA schon seit Ende der 60er Jahre keine gesetzlichen Grundlagen mehr bestanden (analog, wie für die Bundeswehr durch die Notstandsgesetzgebung geregelt), man dazu aber auch nicht wie Anfang der 80er Jahre in Polen den Kriegs- bzw. Verteidigungszustand verkünden wollte, glaubte man mit der Bildung dieser nichtstrukturmäßigen Armee-Hundertschaften auf der rechtlichen Grundlage eines „übergesetzlichen Notstandes“ einen Ausweg für einen polizeilichen Einsatz von Armeeangehörigen gefunden zu haben, ohne mit der gültigen Verfassung in Konflikt zu geraten, die die Aufgabe der NVA eindeutig als Schutz „gegen alle Angriffe von außen“ definierte. (Bis zu ihrer endgültigen Auflösung am 11. November 1989 bestanden in Garnisonstädten der DDR zeitweise bis zu 183 Hundertschaften aus Angehörigen der NVA und der Grenztruppen der DDR.)

5. Oktober

Von 01:00 Uhr bis 03:00 Uhr nachts rücken in Dresden erstmalig drei NVA-Hundertschaften der 7. Panzerdivision (Aufklärungsbataillon und Nachrichtenbataillon) aus ihren Objekten zu Sicherungsaufgaben am Hauptbahnhof aus. Von 22:00 Uhr bis zum 06.10., 01:00 Uhr folgt der analoge Einsatz von fünf Hundertschaften. Laut späterem Untersuchungsbericht „kam es zu keinen unmittelbaren Kontakten mit der Zivilbevölkerung“.

6. Oktober

Gegen 10:25 Uhr wird auf Ersuchen der in Dresden eingesetzten Generale und Offiziere durch den Minister für Nationale Verteidigung für die NVA-Hundertschaften der Verbleib von Waffen und Munition in den Objekten befohlen. Gleichzeitig beginnt die Zuführung von Schlagstöcken.

6. Oktober

Gegen 21:00 Uhr verlassen in Dresden fünf NVA-Hundertschaften ihre Objekte zur Absperrung am Hauptbahnhof. Eine davon wird gemeinsam mit der Volkspolizei zum Freimachen zweier Polizeifahrzeuge als Räumkette eingesetzt. Die Soldaten werden mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen sowie beschimpft, zwei von ihnen dabei verletzt. Die Gummiknüppel kommen gegen die zurückweichende Menge nicht zum Einsatz. Laut Untersuchungsbericht werden später aus dieser Hundertschaft „zwanzig Angehörige des Fernaufklärungszuges herausgelöst, um unter Leitung ihres Zugführers auf Weisung eines VP-Offiziers 4 bis 5 Personen, die von der Polizei bezeichnet wurden, aus der Menge zu greifen und hinter die Sperrkette der VP zu bringen“. Das blieb erfreulicherweise lt. gleichem Bericht die einzige unmittelbare Konfrontation zwischen

NVA-Angehörigen und Demonstranten in der Gesamtzeit des Bestehens der Hundertschaften.

7. Oktober

Zum letzten Male finden in Berlin die Ehrenparade und in Rostock die Flottenparade aus Anlaß des Gründungstages der DDR statt. In vielen Dienststellen wird geschlossen entschieden, angesichts der dramatischen Lage in der DDR auf die an diesem Tage bzw. am Vorabend üblichen Tanzveranstaltungen zu verzichten und lediglich die militärischen Appelle bzw. Dienstversammlungen durchzuführen.

In den Mittagsstunden werden in Karl-Marx-Stadt drei NVA-Hundertschaften aus dem Standort Frankenberg zu Sicherungs- und Absperrungsmaßnahmen eingesetzt. Anlaß ist eine nichtgenehmigte Demonstration von ca. 1000 Personen, die durch Kräfte der Polizei und der Kampfgruppen aufgelöst wird.

Gegen 20:00 Uhr werden in Dresden vier Hundertschaften der 7. Panzerdivision und zwei Hundertschaften der Militäarakademie in das Stadtgebiet verlegt. Dort demonstrieren ca. 5 000 Personen vom Stadtzentrum in Richtung Dimitroffbrücke, Straße der Befreiung und zum Fucikplatz. Die NVA-Hundertschaften kommen zur Unterstützung der Polizei sowie zur Sicherung von Gebäuden und Objekten zum Einsatz, der am 08.10. gegen 01:00 Uhr beendet ist.

Als Reserve des Ministers für Nationale Verteidigung wird eine Einsatzinheit der Offiziershochschule der Grenztruppen der DDR in Stärke von 353 Mann im Objekt „Hölzerner See“ (Kreis Königs Wusterhausen) stationiert.

8. Oktober

Gegen 20:00 Uhr formiert sich in Dresden aus anfänglichen Einzelgruppen eine Demonstration (ca. 2 000 Personen), die als „nichtgenehmigte“ gemäß einem eindeutigen Schreiben E. Honeckers hätte aufgelöst werden müssen. Sie wird schließlich „wegen erheblicher Störungen des Verkehrs im Stadtzentrum durch Handlungen der Schutz- und Sicherheitsorgane in der Prager Straße blockiert“. An dieser Abriegelung sind auch vier Hundertschaften der 7. Panzerdivision beteiligt. In Bereitschaft in ihrem Objekt befinden sich zwei Hundertschaften der Militäarakademie. Zeitweilig nach Dresden verlegt und in zusätzlicher Bereitschaft gehalten werden vier Hundertschaften der Offiziershochschule Kamenz, drei Hundertschaften der 7. Panzerdivision aus Großenhain und Pirna sowie zwei Hundertschaften der Offiziershochschule Bautzen.

In dieser angespannten Situation wendet sich gegen 21:00 Uhr der Kaplan Frank Richter aus dem Kreise der Demonstranten an einen Polizeioffizier mit einer Petition, die insbesondere Verhandlungen über die Zulassung des Neuen Forums, die Freilassung Inhaftierter sowie Reise- und Pressefreiheit fordert. Der Polizeioffizier wendet sich über Funk an den Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei. Im Ergebnis einer sofortigen Beratung mit Dr. Modrow und dem Dresdener Oberbürgermeister Berghofer kommt es zur Übereinstimmung, über die gestellten Forderungen am nächsten Tage gemeinsam zu befinden. Bischof Hempel und Superintendent Ziemer teilen in der Prager Straße die erzielte Übereinkunft mit und bewirken die friedliche Auflösung der Demonstration. Im Verlaufe der Verhandlungen kommt es zur Bildung der „Gruppe der 20“, die als Vertreter der Demonstranten dann am nächsten Morgen das Gespräch mit dem Oberbürgermeister zu den genannten Forderungen beginnen. Damit war in Dresden der Dialog zwischen Staatsmacht und Opposition und somit der Weg für eine politische Lösung eröffnet. Zwei junge Mitglieder der „Gruppe der 20“ fahren am nächsten Tag mit dem „Trabant“ nach Leipzig und teilen in der dortigen Nikolaikirche unter großem Beifall ihre Erfahrung mit, daß es in Dresden bereits möglich war, den Weg von der Konfrontation zum Dialog zu gehen.

9. Oktober

In Leipzig rufen vor der allwöchentlichen Montagsdemonstration am Nachmittag verantwortungsbewußte Kräfte unterschiedlicher politischer Lager über den Stadtfunk zu Besonnenheit und friedlichem Dialog auf (Erklärung der Sechs: die Sekretäre der SED-Bezirksleitung Kurt Meier, Jochen Pommert und Roland Wötzel, der Chefdirigent des Gewandhauses Kurt Masur, der Pfarrer Peter Zimmermann und der Kabarettist Bernd Lutz Lange). Im Ergebnis dessen verläuft die Demonstration von ca. 90 000 Menschen unter der Hauptlosung „Wir sind das Volk“ völlig gewaltfrei, die Polizei greift nur noch verkehrsregelnd ein. Auch Kräfte der NVA kommen in Leipzig nicht zum Einsatz, obwohl an diesem Tage insgesamt in der DDR 86 Hundertschaften der NVA und der Grenztruppen der DDR in Bereitschaft stehen.

In Dresden werden ab 20:00 Uhr neun Hundertschaften in sechs Bereitschaftsräume in der Stadt verlegt. Sie werden ab 22:40 Uhr in die Objekte zurückgeführt, ohne daß sie zum Einsatz kamen. Gleiches erfolgt in Berlin zwischen 22:00 Uhr und 00:40 Uhr mit drei Hundertschaften der Stadtkommandantur. Ab 20:30 Uhr werden die drei Hundertschaften der Grenztruppen der DDR vom Objekt Hölzerner See nach Berlin verlegt und dem Kommandeur des Grenzkommandos Mitte zur Verstärkung der Grenzsicherung unterstellt. Ihr Einsatz ist am 10.10. um 03:45 beendet, sie werden zum Objekt Hölzerner See zurückgeführt.

10. Oktober

Auf dem Territorium der DDR finden keine Demonstrationen statt, alle in der NVA und in den Grenztruppen der DDR für einen möglichen Einsatz vorbereiteten Kräfte und Mittel befinden sich in ihren Standorten in der festgelegten Bereitschaft. Generalleutnant Gehmert beendet mit seiner Führungsgruppe die Arbeit in der Bezirksbehörde der Volkspolizei Dresden, die zeitweilig auf dem Flugplatz Dresden-Klotsche zu seiner Verfügung stationierten 4 Hubschrauber werden nach Brandenburg zurückverlegt.

11. Oktober

Alle in der NVA und in den Grenztruppen der DDR für einen möglichen Einsatz vorbereiteten Kräfte und Mittel befinden sich weiterhin in ihren Standorten bzw. in den zugewiesenen Räumen in der festgelegten Bereitschaft. Zur Verstärkung der an der Staatsgrenze zur Volksrepublik Polen eingesetzten Kräfte werden für die Zeit vom 11.10., 20:00 Uhr bis zum 12.10., 04:00 Uhr je eine Offizierschülerkompanie aus der Reserve des Chefs der Grenztruppen der DDR im Grenzünterabschnitt Löcknitz bzw. Fürst eingesetzt. Eine weitere Offizierschülerkompanie befindet sich als Reserve des Chefs der Grenztruppen der DDR im Objekt Hölzerner See.

13. Oktober

Der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, E. Honecker, erläßt den Befehl Nr. 9/89 über „Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in Leipzig“, durch den – analog wie am 26. September für Berlin – die Bezirkseinsatzleitung Leipzig und die Kreiseinsatzleitungen der Stadt mit sofortiger Wirkung „die Führungsbereitschaft in ihren stationären Objekten herzustellen“ haben. Zusätzlich zum analogen Text wird hier angewiesen, „alle Maßnahmen vorzusehen, um geplante Demonstrationen im Entstehen zu verhindern. Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel erfolgt nur bei Gewaltanwendung der Demonstranten gegenüber den eingesetzten Sicherheitskräften bzw. bei Gewaltanwendung gegenüber Objekten auf Befehl des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG. Der Einsatz der Schußwaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.“

13. Oktober

„Zur Verstärkung der Schutz- und Sicherheitsorgane der Hauptstadt im Falle provokatorischer Aktionen oder anderer massiver Störungen der staatlichen Sicherheit bzw. der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ werden in und um Berlin 21

Hundertschaften der NVA in Bereitschaft versetzt. Davon zur kurzfristigen Verstärkung ab 13.10., 18:00 Uhr drei Hundertschaften der Stadtkommandantur Berlin und eine Hundertschaft der Militärpolitischen Hochschule. Die 17 Hundertschaften der 1. Mot.-Schützendivision beginnen ihre Bereitschaftsstufe ab 13.10., 20:00 Uhr, in ihren Standorten Oranienburg, Stahnsdorf, Potsdam/Eiche, Beelitz, Lehnitz und Blankenfelde. Eine zusätzliche Reserve von fünf Hundertschaften wird in Brandenburg bereitgehalten.

In den Abschnitten der Grenzregimenter gegenüber Berlin (West) wird ab 13.10., 18:00 Uhr, zur verstärkten Grenzsicherung übergegangen. Zusätzlich werden folgende Kräfte in Bereitschaft versetzt:

am Brandenburger Tor, im Abschnitt Reichstagsufer und am Potsdamer Platz 420 Angehörige der Grenztruppen, davon eine Kompanie mit Spezialausrüstung;

im Abschnitt Chausseestraße, Friedrichstraße eine Ausbildungskompanie in Stärke von 100 Mann;

an den Grenzübergangsstellen zu Berlin (West) je eine Alarmgruppe mit LKW zur Blockierung.

In Reserve befinden sich insgesamt 5 Kompanien Offiziersschüler in den Objekten Rummelsburg, Schildow und Hölzerner See.

In Karl-Marx-Stadt kommt es von 19:00 Uhr bis 23:00 Uhr in mehreren Kirchen zur Ansammlung von ca. 8 000 Menschen. Die deshalb von Frankenberg nach Karl-Marx-Stadt verlegten und in Bereitschaft gehaltenen drei NVA-Hundertschaften werden nicht eingesetzt und um 23:00 Uhr in ihren Standort zurückgeführt.

14. Oktober

Zur Verstärkung der Schutz- und Sicherheitsorgane in Berlin und in Leipzig „für den Fall provokatorischer Aktionen oder anderer massiver Störungen der staatlichen Sicherheit bzw. der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ sind nunmehr bereits 68 Hundertschaften der NVA und der Grenztruppen der DDR in Bereitschaft versetzt, davon 4 in Reserve.. Für Berlin erhöht sich die Gesamtzahl, einschließlich der 10 Hundertschaften der Grenztruppen, auf 37 Hundertschaften.

Die Planung des Einsatzes von Kräften der NVA für das Stadtgebiet von Leipzig sieht insgesamt 31 Hundertschaften vor, davon aus den Landstreitkräften 11 aus Leipzig, 8 aus Delitzsch, je 3 aus Eilenburg und Bad Dübener See sowie 2 aus Döbeln. Hinzu kommen 4 Hundertschaften der Unteroffiziersschule der Luftstreitkräfte in Bad Dübener See. Als Übernahmepunkt für die Masse der Kräfte durch die Bezirkseinsatzleitung ist der Flugplatz Mockau vorgesehen, nur für das Ausbildungszentrum aus Delitzsch der Ort Wiederitzsch.

Auch die Marschstraßen nach Leipzig sind geplant: von Döbeln über die Autobahn und Dübener Straße nach Mockau, von Eilenburg über die F-87 und von Bad Dübener See über die F-2 ebenfalls dorthin sowie von Delitzsch über die F-184 nach Wiederitzsch.

Zusätzlich werden am gleichen Tage gemäß einer Weisung des Chefs des Hauptstabes der NVA gegen 22:30 Uhr drei Hundertschaften des Luftsturmregimentes 40 aus Lehnitz nach Leipzig verlegt und im NVA-Objekt Olbrichtstraße untergebracht. Für den 15.10. sind „Ausbildungs- bzw. Rekognoszierungsmaßnahmen“ vorbereitet.

In Plauen kommt es von 15:00 Uhr bis 16:30 Uhr zur Ansammlung von ca. 4000 Menschen im Stadtgebiet. Die eineinhalb Hundertschaften der 7. Panzerdivision aus Frankenberg, die zur Unterstützung der Sicherheitskräfte bereitgestellt wurden, kommen nicht zum Einsatz und werden bis 20:00 Uhr in ihren Standort zurückverlegt.

Die Grenztruppen der DDR setzen auch an diesem Tage die verstärkte Grenzsicherung gegenüber Berlin (West) bzw. die verstärkte Grenzüberwachung an der Grenze zur Volksrepublik Polen und der CSSR fort.

15. Oktober

Entsprechend einer Weisung des Ministers für Nationale Verteidigung wird in den Kommandos der Landstreitkräfte, der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, der Grenztruppen der DDR sowie des Militärbezirkes III (Leipzig) die erhöhte Führungsbereitschaft aufrechterhalten. Die für einen möglichen Einsatz vorgesehenen Kräfte der NVA und der Grenztruppen der DDR in Stärke von 66 Hundertschaften (35 für Berlin, 31 für Leipzig) befinden sich in ihren Standorten bzw. in zugewiesenen Räumen weiterhin in der festgelegten Bereitschaft - ein Einsatz erfolgt nicht. Mit dem Präsidenten der Deutschen Volkspolizei Berlin sind Übernahmepunkte und die Zeit des Eintreffens der außerhalb der Stadt dislozierten Kräfte der NVA an diesen Punkten abgestimmt.

Bis 19:00 Uhr werden je eine Hundertschaft der Offiziershochschule der Grenztruppen der DDR aus Schildow (Kreis Oranienburg) und Berlin-Rummelsburg nach Suhl zurückverlegt.

16. Oktober

In den Abendstunden kommt es im Anschluß an kirchliche Veranstaltungen in Berlin in der Gethsemane-Kirche und in Leipzig in der Nikolai-, Thomas-, Reformierten-, Michaelis- und Peterskirche zu Ansammlungen unterschiedlichen Ausmaßes. In Berlin wird „das bisher übliche Maß nicht überschritten“. In Leipzig formiert sich zwischen 18:00 Uhr und 18:15 Uhr ein Demonstrationzug, an dem sich ca. 50 000 bis 70 000 Personen beteiligen und der sich gegen 20:30 Uhr im Stadtzentrum auflöst.

Zur Verkürzung der Zeiten für einen möglichen Einsatz in Berlin werden ab 17:50 Uhr 7 Hundertschaften, die durch den Polizeipräsidenten der Hauptstadt der DDR direkt geführt werden, sowie ab 18:30 Uhr 14 Hundertschaften aus dem Bestand der Landstreitkräfte (d.h. 57 % der insgesamt bereit gehaltenen Hundertschaften) in „erhöhte Bereitschaft“ versetzt. Für Leipzig gilt das für alle 31 vorbereiteten Hundertschaften ab 17:00 Uhr. Ein Einsatz erfolgt aber nicht - gegen 20:30 Uhr wird in Berlin und 21:00 Uhr in Leipzig mit „der Wiederherstellung der Ausgangslage“ begonnen.

Die offensichtlich von der politischen Führung der DDR für diesen Tag befürchtete Konfrontation blieb aus. Wie E. Krenz später mitteilte, hatte E. Honecker angestrebt, an diesem Tag „als Kraftprobe“ ein Panzerregiment mit 120 Fahrzeugen durch die Straßen Leipzigs fahren zu lassen. Am 14.10. habe er Krenz beauftragt, dafür die Anweisung zu geben. Dieser habe das jedoch, gemeinsam mit dem Chef des Hauptstabes der NVA, Generaloberst Streletz, abgelehnt (am 17. u. 18. 10. wird Honecker dann vom Politbüro und dem ZK der SED abberufen). Übrig blieben von solchen Demonstrationshandlungen der Stärke offensichtlich nur die bereits für den 15.10. angekündigten „Ausbildungs- und Rekognoszierungsmaßnahmen“ der drei Hundertschaften des Luftsturmregiments 40. Nach Aussagen von Zeitzeugen verhielten sie sich bei der Ausbildung auf dem Sportplatz ihrer Unterkunft inmitten der Stadt so auffällig, daß sie eher die Emotionen anheizten, statt deeskalierend zu wirken. Ihr rascher Wiederabzug sei mit auf entsprechende Forderungen verantwortlicher Offiziere des Militärbezirks Leipzig zurückzuführen. Laut Tagesmeldung kehrten sie am 17.10., gegen 22:00 Uhr, „ohne besondere Vorkommnisse in das Objekt LEHNIN zurück“.

17. Oktober

Die angewiesene erhöhte Führungsbereitschaft im Verteidigungsministerium sowie in den nachgeordneten Kommandos wird weiter durchgesetzt.

In Berlin kommen die anlässlich einer in der Humboldt-Universität stattfindenden Versammlung von ca. 3 000 Studenten und Jugendlichen bereitgestellten Einsatzkräfte der Grenztruppen nicht zum Einsatz und werden bis 21:30 Uhr in die Objekte zurückverlegt. Die außerdem vom Polizeipräsidenten der Hauptstadt angeforderten drei Hundertschaften der Grenztruppen der DDR werden 16:00 Uhr am Stadtrand Berlins übergeben, in der Otto-Grotewohl-Straße in Bereitschaft gehalten und bis 22:00 Uhr in ihr

Unterbringungsobjekt „Hölzerner See“ zurückgeführt.

In Dresden versammeln sich gegen 20:00 Uhr 8 000 bis 10 000 Personen in 5 Kirchen, die sie nach Verlesen der Erklärung des Oberbürgermeisters „ohne Aktivitäten“ verlassen. Ein sich nach einer Ansammlung vor dem Rathaus gegen 22:00 Uhr bildender Demonstrationzug von ca. 10 000 Personen löst sich gegen 23:30 Uhr auf dem Postplatz auf. Ein Eingreifen der Schutz- und Sicherheitsorgane ist nicht erforderlich, auch die in den Objekten bereitgehaltenen sechs Hundertschaften der NVA kommen nicht zum Einsatz. Der Personalbestand der Führungspunkte des Wehrbezirkskommandos Dresden und der 7. Panzerdivision gehen am 18.10. 02:00 Uhr zur Hausbereitschaft über.

18. Oktober

Die Weisungen zur erhöhten Führungsbereitschaft im Verteidigungsministerium und in den genannten Kommandos werden weiter durchgesetzt. Die in der NVA und den Grenztruppen der DDR für einen möglichen Einsatz vorbereiteten insgesamt 120 Hundertschaften befinden sich in ihren Standorten bzw. in den zugewiesenen Objekten in der festgelegten Bereitschaft.

Ein abendliches Friedensgebet in der Martinikirche zu Halberstadt mit ca. 1 000 Teilnehmern verläuft ohne Zwischenfälle. Laut Tagesmeldung wird in der NVA und den Grenztruppen der DDR „die Wahl des Genossen Egon Krenz zum Generalsekretär des Zentralkomitees der SED begrüßt“. Seine Ansprache an die DDR-Bürger werde „als konkrete Aufforderung zur noch besseren Erfüllung der gestellten politischen und militärischen Aufgaben“ betrachtet.

19. Oktober

Die befohlene erhöhte Führungsbereitschaft und die Bereitschaft von 120 Hundertschaften werden fortgesetzt.

In der überfüllten Mensa der Universität Greifswald findet eine genehmigte Veranstaltung von ca. 1 100 Bürgern mit Vertretern des Staatsapparates statt. Laut Tagesmeldung konnten „in der Menge agierende Unruhestifter, zum Teil stark angetrunken, ... keine feindlichen Aktivitäten provozieren“. In Abstimmung mit der Kreiseinsatzleitung sind zeitweilig 100 Offiziersschüler der Sektion Militärmedizin im Zusammenwirken mit den örtlichen Schutz- und Sicherheitsorganen „zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung“ eingesetzt. Sie werden gegen 19:00 Uhr ohne Vorkommnisse in das Objekt zurückgeführt, gegen 21:50 Uhr wird die Veranstaltung beendet.

Die Grenztruppen der DDR führen an der Staatsgrenze zur VR Polen und zur CSSR die verstärkte Grenzüberwachung fort.

20. Oktober

Die erhöhte Führungsbereitschaft wird fortgesetzt, von den in der NVA und den Grenztruppen vorbereiteten Hundertschaften befinden sich 113 in ihren Standorten in einer 2 bis 3 Stunden-Bereitschaft, eine Hundertschaft der Offiziershochschule der Grenztruppen der DDR Suhl ist noch im Objekt Hölzerner See untergebracht.

Laut Tagesmeldung verlaufen „ohne jegliche Ausschreitung“ folgende Veranstaltungen: in Dresden in der Zeit von 19:15 Uhr bis 22:00 Uhr eine Demonstration von ca. 20 000 Personen, in Karl-Marx-Stadt in etwa der gleichen Zeit von 6 000 Personen; im Anschluß an Kirchgänge in den Abendstunden in Suhl, Ilmenau, Saalfeld, Schleiz, Klingenthal, Görlitz, Altenburg und Dessau von ca. 1 000 bis 1 800 Personen. In 10 Kirchen Berlins finden Friedensgottesdienste statt, in denen ein Aufruf verteilt wird, am 21.10. von 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr eine Lichterkette zwischen dem Palast der Republik und dem Polizeipräsidium zu bilden.

In Cottbus erhält der Leiter der Schalt- und Betriebszentrale des Wehrbezirkskommandos

um 18:38 Uhr in seiner Wohnung einen anonymen Anruf mit der Drohung: „Wenn sie das Neue Forum nicht zulassen, dann fliegt Ihre Abhörzentrale in die Luft.“ Der Leiter der Zentrale leitete sofort zusätzliche Sicherungsmaßnahmen ein und verständigte den zuständigen Mitarbeiter der Militärabwehr.

21. Oktober

Die Festlegungen des Verteidigungsministers über die erhöhte Führungsbereitschaft und das Aufrechterhalten einer 1 – 3 Stunden-Bereitschaft von 112 Hundertschaften werden weiter durchgesetzt.

In Berlin werden auf Anforderung des Polizeipräsidenten die drei Hundertschaften der Stadtkommandantur ab 14:30 Uhr und die Hundertschaft der Militärpolitischen Hochschule ab 16:00 Uhr in die „erhöhte Bereitschaft“ versetzt (wieder aufgehoben wird diese um 18:00 Uhr). Anlaß ist die am Vortage angekündigte Menschenkette, die sich ab 16:15 Uhr aus etwa 850 Demonstranten vom Palast der Republik über die Karl-Liebknecht-Straße und den Alexanderplatz zum Polizeipräsidium bildet und sich gegen 17:45 auflöst. Ein Einsatz von Hundertschaften erfolgt nicht. Das gilt auch für Plauen, wo von 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr etwa 25 000 Personen demonstrieren und für Rostock, wo von 20:00 Uhr bis gegen 22:00 Uhr etwa 2 000 bis 2 500 Demonstranten beteiligt sind.

22. Oktober

Die angewiesene erhöhte Führungsbereitschaft und die Bereitschaft der für einen möglichen Einsatz vorbereiteten 112 Hundertschaften in den Standorten bzw. zugewiesenen Objekten werden fortgeführt. Auf Weisung des Chefs der Grenztruppen der DDR wird die im Objekt „Hölzerner See“ untergebrachte Hundertschaft der Grenztruppen von 15:00 Uhr bis 22:00 Uhr in das Objekt des Grenzregiments Berlin-Treptow verlegt. Wie in den Vortagen wird die verstärkte Grenzüberwachung an der Staatsgrenze zur VR Polen und zur CSSR bis auf weiteres aufrechterhalten.

23. Oktober

Weiterhin werden die erhöhte Führungsbereitschaft und die Bereitschaft der 112 vorbereiteten Hundertschaften fortgesetzt. Ein Einsatz dieser Kräfte ist trotz der nachfolgend genannten Ereignisse jedoch nicht erforderlich: In Leipzig kommt es im Anschluß an Gottesdienste in fünf Kirchen (Nikolai-, Thomas-, Michaelis-, Peters- und Reformierten-Kirche) in den Abendstunden zu einer gewaltlosen Demonstration von ca. 150 000 Menschen. Im Vergleich zum Montag der zurückliegenden Woche werden mehr oppositionelle Losungen wie „Reformer an die Macht“, „Krenz mach´ Dir keinen Lenz“ und „Stasi in die Volkswirtschaft – wir verdienen Euer Geld“, mitgeführt. Weitere Demonstrationen gibt es u.a. in Berlin, Halle, Dresden, Magdeburg, Pössa und Aue.

Laut Tagesmeldung findet am Abend in Schwerin „eine von der Bezirks- und Kreisleitung der SED gemeinsam mit den befreundeten Parteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen veranstaltete Kundgebung als Zustimmung zu den gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR“ statt. „Störversuche einzelner provokatorischer Elemente“ hätten „keinen Erfolg“ gehabt

24. Oktober

Die erhöhte Führungsbereitschaft und die Bereitschaft von 112 Hundertschaften bleiben aufrechterhalten, ein Einsatz erfolgt nicht.

In Berlin kommt es von 18:00 Uhr bis gegen 23:00 Uhr im Zentrum der Stadt zu einer Demonstration von ca. 10 000 bis 12 000 Personen, zu Ansammlungen von ca. 1 000 Personen vor dem Staatsratsgebäude und von ca. 300 Personen auf dem Alexanderplatz.

In Meißen versammeln sich gegen 17:00 Uhr ca. 6 000 Personen zu einer nicht genehmigten Demonstration, bei der es zu Gesprächen mit dem Bürgermeister und

Vertretern der Kirche kommt. Weitere friedlich verlaufende Demonstrationen von je 500 bis 800 Personen finden in Nordhausen und Anklam statt.

25. Oktober

In der Berliner Marienkirche findet von 18:30 Uhr bis 20:15 Uhr ein Bittgottesdienst mit etwa 800 Teilnehmern statt, an dem auch Frau Kelly und Herr Bastian als Vertreter der „Grünen“ aus der BRD teilnehmen. Die angekündigte Demonstration zum Brandenburger Tor findet nicht statt, die Veranstaltungsteilnehmer treten nach Abschluß ohne Zwischenfälle den Heimweg an. Auf Anforderung des Präsidenten der Volkspolizei Berlin wird in diesem Zusammenhang um 18:20 Uhr eine Hundertschaft der Stadtkommandantur Berlin in den Lustgarten verlegt, um erforderlichenfalls im Zusammenwirken mit der Polizei die Zufahrtsstraßen zum Brandenburger Tor zu sperren. Der Einsatz erfolgt nicht, die Hundertschaft wird bis 22:20 Uhr zurückgeführt. Direkt am Brandenburger Tor wird 15:45 Uhr eine Hundertschaft aus den Bereitschaftskräften „Hölzerner See“ als Reserve des Grenzkommandos Mitte untergebracht und bis 23:30 Uhr wieder zurückverlegt.

In Neubrandenburg vereinigen eine Demonstration und eine Gegendemonstration 20 000 Personen auf dem Karl-Marx-Platz. Weitere insgesamt friedlich verlaufende Demonstrationen von je 2 000 bis 3 000 Bürgern finden in Freiberg, Klingenthal, Markneukirchen, Zwickau, Reichenberg, Anklam und Demmin statt. Dabei wird der Dialog mit den 1. Kreissekretären und Stadtverordneten geführt. Nach kirchlichen Veranstaltungen kommt es auch in Bad-Doberan, Greifswald, Halberstadt, Wernigerode und Schönebeck zu Demonstrationen. Die Führungsorgane und Bereitschaftskräfte befinden sich weiterhin in unveränderter Gruppierung in dem vom Verteidigungsminister festgelegten Regime.

26. Oktober

In den Abendstunden findet in Dresden in der Nähe des Hygiene-Museums eine Kundgebung statt, an der ca. 100 000 Personen teilnehmen und auf der der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, Modrow, und der Oberbürgermeister der Stadt, Berghofer, sprechen. Nach der Beendigung gegen 22:30 Uhr formieren sich ca. 4 000 bis 5 000 Bürger zu einer Demonstration zum Postplatz, die sich ohne Zwischenfälle gegen 23:15 Uhr auflöst. In diesem Zusammenhang befinden sich je zwei Hundertschaften der 7. Panzerdivision und der Militäarakademie „Friedrich Engels“ zwischen 19:00 Uhr und 23:40 Uhr in einer erhöhten Bereitschaftsstufe.

In Berlin wird auf Anforderung des Präsidenten der Volkspolizei um 18:00 Uhr eine Hundertschaft der Stadtkommandantur in die 15 Minuten-Bereitschaft versetzt. Um 21:00 Uhr wird sie wieder aufgehoben, ohne daß die Hundertschaft zum Einsatz kommt. Anlaß ist erneut eine erwartete Demonstration von der Marienkirche zum Brandenburger Tor, die jedoch nicht zustande kommt.

In den Städten Rostock, Perleberg, Parchim, Stendal, Roßlau, Quedlinburg, Gera, Erfurt, Zeulenroda und Neustadt/Orla finden nach kirchlichen Veranstaltungen Demonstrationen von jeweils 1 800 bis 5 000 (in Erfurt aber 10 000 bis 15 000) Bürgern statt, die insgesamt friedlich verlaufen. Während der Demonstration in Rostock wird jedoch der Soldat Papenthin vom Fliegertechnischen Bataillon in Peenemünde, der sich in Rostock im Urlaub aufhielt und auf dem Weg zum Bahnhof war, beschimpft, geschlagen und ihm die Uniform zerrissen.

27. Oktober

Obwohl in den Abendstunden zahlreiche Aktivitäten stattfinden, wird weiterhin lediglich die erhöhte Führungsbereitschaft und die Bereitschaft der Hundertschaften aufrechterhalten, ohne daß es zum Einsatz kommt. In Dresden wird eine friedliche Demonstration von ca. 12 000 Personen durchgeführt und gegen 22:00 Uhr beendet. Nach kirchlichen Veranstaltungen formieren sich in Güstrow ca. 10 000, in Dessau ca. 8 000, in Auerbach ca. 10 000, in Werdau ca. 300, in Karl-Marx-Stadt ca. 1 300 Menschen zu Demon-

strationszügen, die sich gegen 23:00 Uhr friedlich auflösen. In Zossen versammeln sich auf dem Marktplatz ca. 1 000 vorwiegend jugendliche Demonstranten, die Losungen wie „Stasi raus“ und „Zulassung des Wehrersatzdienstes“ mit sich führen. In Klingenthal bewegen sich aus drei Richtungen Demonstrationzüge von insgesamt ca. 3 000 Personen zur Kirche, in der ein Rockkonzert stattfindet. Die Demonstration löst sich gegen 21:00 Uhr auf, in der Kirche verbleiben jedoch bis gegen 23:00 Uhr 500 Personen. In Glöwen, Demmin, Milnersdorf, Flöha und Oederan kommt es zu Menschenansammlungen, bei denen durch Vertreter der Partei- und Staatsorgane Diskussionen geführt werden. Es kommt nicht zu Zwischenfällen.

28. Oktober

Weiterhin werden die erhöhte Führungsbereitschaft und das festgelegte Regime der Bereitschaft für die Hundertschaften unverändert aufrechterhalten, ein Einsatz erfolgt nicht.

Politische Aktivitäten finden in vielen Bezirken statt, darunter zunehmend offiziell geplante und organisierte.

Bezirk Karl-Marx-Stadt: In Plauen findet eine Kundgebung mit ca. 30 000 Bürgern statt, an der auch Vertreter der Partei- und Staatsorgane teilnehmen. Dennoch werden Losungen wie folgende mitgeführt: „Freie Wahlen und freie Gewerkschaften“, „Lieber Steh- als Schießplätze“, „Lernunterricht statt Wehrunterricht“, „Egon – verjünge deine Mannen“, „Vorlage der Wahlergebnisse vom 7. Mai“, „Alle Macht – SED? Nein, danke“, „Partnerstadt Hof ist für alle Plauener da“. Versammlungen mit geringen Teilnehmerzahlen finden in Freiberg und Schönberg statt.

Bezirk Erfurt: In der Erfurter Thüringenhalle gibt es von 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr eine geplante Veranstaltung mit Vertretern der Partei- und Staatsorgane, an der ca. 2 000 Bürger teilnehmen. Weiter finden statt: in Greiz von 15:00 Uhr bis 16:15 Uhr eine Demonstration von ca. 6 000 Personen; in Pössneck am Vormittag ein Gespräch mit dem Bürgermeister, an dem ca. 350 Personen teilnehmen; in München-Bernsdorf in den Abendstunden ein Schweigemarsch von ca. 150 Personen.

Bezirk Suhl: In Römhild findet von 19:00 Uhr bis 19:20 Uhr ein Friedensgebet statt.

Bezirk Rostock : In Rostock findet von 17:00 Uhr bis gegen 22:30 Uhr eine Versammlung von ca. 3 000 Personen vor dem Rathaus mit anschließender friedlicher Demonstration statt, in Ribnitz-Damgarten und in Bad Doberan je eine Kundgebung mit ca. 200 bis 300 Teilnehmern.

Bezirk Neubrandenburg: Aus Strasburg wird ein Forum der Nationalen Front von 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr gemeldet, an dem ca. 300 Personen beteiligt sind.

Bezirk Frankfurt/Oder: In Wriezen beteiligen sich am Nachmittag ca. 500 Bewohner an einer genehmigten Veranstaltung.

Berlin: Nach dem Fußballspiel BFC Dynamo gegen Dynamo Dresden demonstrieren ca. 600 Personen in Richtung Brandenburger Tor, gegen 18:30 Uhr endet die Demonstration in der Friedrichstraße. Im Zusammenhang mit dem Fußballspiel wird von 13:00 Uhr bis 19:30 Uhr eine Kompanie aus den Grenztruppen als Reserve für die Polizei in Bereitschaft versetzt und von 16:00 Uhr bis 22:00 Uhr eine weitere am Brandenburger Tor – ein Einsatz erfolgt nicht.

An der Staatsgrenze zur VR Polen und zur CSSR gehen die Grenztruppen der DDR nach längerer Zeit erstmalig wieder von der verstärkten zur normalen Grenzüberwachung über.

29. Oktober

Die befohlene Führungsbereitschaft und die Bereitschaft der Hundertschaften in ihren Standorten werden weiter aufrechterhalten.

In Berlin beteiligen sich an Bürgerforen vor dem Roten Rathaus und in der Kongreßhalle insgesamt ca. 15 000 Personen, Gesprächspartner sind der erste SED-Bezirkssekretär Schabowski und Oberbürgermeister Krack sowie weitere Vertreter von Partei- und Staatsorganen und gesellschaftlichen Organisationen. Auf Bitte des Polizeipräsidiums werden als Reserve zur Absicherung der geplanten Gespräche von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr zwei Kompanien der Stadtkommandantur in 15-Minuten-Bereitschaft versetzt – ein Einsatz erfolgt nicht.

In der Gethsemane-Kirche gibt es von 16:00 Uhr bis 18:50 Uhr eine geschlossene Veranstaltung mit ca. 1 600 Personen, darunter aus Berlin (West) die Herren Momper, Diepgen und Ehmke.

30. Oktober

Die erhöhte Führungsbereitschaft und die Bereitschaft der Hundertschaften gelten weiter.

In Berlin formieren sich gegen 21:15 Uhr zwei Demonstrationzüge an der Gethsemane-Kirche (mit 500 Personen) und der Sankt-Hedwigs-Kathedrale (mit 300 Personen), die sich vereinigen, in Richtung Palast der Republik bewegen und sich dort gegen 23:00 Uhr auflösen.

In Leipzig formieren sich von 17:30 Uhr bis 18:00 Uhr nach der Beendigung von Gottesdiensten in der Nikolai- und weiteren Kirchen ca. 200 000 Menschen zur bisher größten Montagsdemonstration, wobei rund 8 000 mit Zügen von auswärts eintreffen. An Losungen werden u.a. mitgeführt: „Freie Wahlen vor Bananen und Aalen“, „Forum laßt zu und ihr habt Ruh“, „Opposition zulassen“ und „Statt Wehrdienst – ziviler Wehersatzdienst“. Gespräche mit den Demonstranten führen u.a. der Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Seidel, und der erste SED-Kreissekretär, Pagel. Die Demonstration verläuft friedlich und löst sich 21:00 Uhr auf. In diesem Zusammenhang wird in der Stadt eine Hundertschaft des Ausbildungszentrums Delitzsch in Bereitschaft gehalten – ein Einsatz ist nicht erforderlich.

Weitere Demonstrationen finden in folgenden Bezirken statt:

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt: in Karl-Marx-Stadt mit ca. 20 000 Personen, in Zwickau mit 10 000 Personen, in Reichenbach mit 1 000 Personen, in Schwarzenberg mit 5 000 Personen und in Klingenthal mit 600 Personen.

Im Bezirk Magdeburg demonstrieren in Magdeburg ca. 50 000 Menschen, in Staßfurt 500, in Wernigerode 300 und in Osterburg 200.

In den Bezirken Gera, Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Halle und Cottbus finden in insgesamt 10 weiteren Städten Demonstrationen statt – die Teilnehmerzahlen bewegen sich zwischen 700 bis 30 000.

Alle Maßnahmen verlaufen ohne Zwischenfälle und ohne Eingreifen der Ordnungs- und Sicherungskräfte.

Die Grenztruppen der DDR führen an allen Grenzabschnitten wieder die normale Grenzsicherung bzw. Grenzüberwachung durch.

31. Oktober

In Berlin versuchen 10 Personen aus einer ungenehmigten Demonstration (Schweigemarsch) heraus, die vom Alexanderplatz über die Rathausstraße und die Spandauer Straße zum Mühlendamm führt, an der CSSR-Botschaft eine Petition zu übergeben.

In der Neptun-Werft Rostock findet von 19:00 Uhr bis 22:00 Uhr ein Dialog mit 1 200 Belegschaftsangehörigen statt. In Ribnitz-Damgarten und Neubrandenburg werden laut Lagebericht „kirchliche Veranstaltungen“ mit ruhigem Verlauf durchgeführt. Demonstrationen finden wie folgt statt: in Meißen mit ca. 6 000 Personen, in Bautzen mit 1 000,

in Zschopau mit 1 500 und nach Kirchgängen in Stadtroda und Lobenstein sowie in Meiningen, Neuhaus, Schmalkalden und Bad Salzungen mit jeweils ca. 1 200 Personen. Sie verlaufen ohne Zwischenfälle und ohne Eingreifen der Schutz- und Sicherheitskräfte.

Auch an diesem Tage wird die bereits seit längerem im Verteidigungsministerium sowie in nachgeordneten Kommandos andauernde erhöhte Führungsbereitschaft und die Bereitschaft von vorbereiteten Einsatzhundertschaften unverändert aufrechterhalten, aber stabsmäßig beginnen bereits Vorbereitungen „für einen möglichen Einsatz von Hundertschaften der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR am 04.11.1989 in der Hauptstadt der DDR, BERLIN“. Anlaß ist eine für diesen Tag landesweit angekündigte Protestkundgebung auf dem Alexanderplatz.

1. November

Der neue Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, E. Krenz, hebt mit dem Befehl 10/89 über „Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Hauptstadt der DDR, BERLIN“ den analogen Befehl E. Honeckers vom 26. September auf, bekräftigt aber zugleich das ständige Aufrechterhalten der dort befohlenen Führungsbereitschaft der Einsatzleitungen sowie die Kriterien für den möglichen aktiven Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel. Neu fügt er hinzu, daß durch die Bezirkseinsatzleitung „die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen“ sind, „damit Demonstranten nicht in das Grenzgebiet eindringen. Im Falle eines solchen Eindringens sind die Demonstranten durch Anwendung körperlicher Gewalt daran zu hindern, daß es in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, zu Grenzdurchbrüchen nach BERLIN (West) kommt.“ Anschließend wird wiederholt, daß „die Anwendung der Schußwaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ... grundsätzlich verboten (ist)“.

Durch den Befehl 11/89 vom 3. November werden diese Anordnungen auf alle Bezirke der DDR und insbesondere die Grenzbezirke ausgedehnt.

Damit für die Durchsetzung dieser Forderungen unter den damaligen Bedingungen zumindest annähernd reale Voraussetzungen entstehen, ist das Bereithalten zahlenmäßig beträchtlicher zusätzlicher Sicherungskräfte bei möglichen Anlässen eine logische Konsequenz und Folge.

1. November

Laut Lagebericht findet in Berlin in den Abendstunden in der Gethsemane-Kirche eine kirchliche Veranstaltung mit ca. 600 Personen „ohne die geringsten Besonderheiten“ statt.

Demonstrationen gibt es wie folgt: in Rostock in der Zeit von 19:00 Uhr bis 21:30 Uhr mit ca. 10 000 Teilnehmern, in Neubrandenburg in der Zeit von 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr mit ca. 20 000 und in Neustrelitz mit ca. 5 000, in Halle mit 5 000 bis 10 000 und in Karl-Marx-Stadt nach kirchlichen Veranstaltungen mit ebenfalls 5 000 bis 10 000 Teilnehmern. In Frankfurt/Oder organisiert das Neue Forum eine Demonstration mit ca. 10 000 Personen. In Jena übergeben 20 Bürger an das Wehrkreiskommando ein Schreiben mit Forderungen nach Wehersatzdienst, demokratischen Dienstvorschriften sowie Verbesserung der Urlaubs- und Ausgangsregelung für Armeeangehörige.

Für den Einsatz in der Hauptstadt am Sonnabend, dem 4.11., wird mit dem Präsidenten der Volkspolizei Berlin „auf der Grundlage seines von der Bezirkseinsatzleitung bestätigten Entschlusses die Heranführung und Bereitstellung von 16 Hundertschaften aus dem Bestand der Landstreitkräfte“ wie folgt abgestimmt:

Am 4. 11. 1989 sollen übernommen werden:

am Abholpunkt Schildow: zwei Hundertschaften des Mot.-Schützenregiments 1 um 07:00 Uhr und eine Hundertschaft des Artillerieregiments 1 um 07:15 Uhr;

am Abholpunkt F 96 / Ortseingang Schönefeld: drei Hundertschaften des Mot.-

Schützenregiments 2 um 04:00 Uhr und eine Hundertschaft des Nachrichtenbataillons 40 um 07:30 Uhr;

am Abholpunkt Altglienicke/Autobahnabfahrt Süd/Parkplatz „Parken und Reisen“: um 03:45 Uhr je eine Hundertschaft der Ausbildungsbasis 4 und der Artillerieabteilung 1 sowie um 04:15 Uhr je eine Hundertschaft des Aufklärungsbataillons 1 und des Nachrichtenbataillons 1.

In den „Objekten der ständigen Dislozierung“ werden an diesem Tage bereitgehalten: eine Hundertschaft der 40. Artilleriebrigade sowie eine Hundertschaft des Fla-Raketenregiments 1 und drei Hundertschaften des Mot.-Schützenregiments 3 – die beiden letztgenannten mit einer Heranführungszeit von drei Stunden.

Die am 4.11. heranzuführenden Hundertschaften werden in festgelegte Objekte weiterverfügt, „in denen ihre Vorbereitung auf die Lösung von operativen Aufgaben oder von Aufgaben als Reserve erfolgt“. Ihre Versorgung wird durch Kräfte und Mittel des Ministeriums des Innern sichergestellt. Die Rückführung der Kräfte „wird am 04. 11. 1989 für wahrscheinlich gehalten“.

Um 20:00 Uhr erhält der Leiter der Führungsgruppe des Kommandos der Landstreitkräfte, Generalmajor Grosser, die entsprechenden Weisungen zur Vorbereitung dieses Einsatzes.

Zur Verstärkung der Bereitschaftskräfte für den möglichen Einsatz werden bereits am 1.11.1989 bis 18:00 Uhr zusätzlich herangeführt und untergebracht: drei Kompanien der Offiziershochschule der Grenztruppen „Rosa Luxemburg“ aus Suhl im Objekt „Hölzerner See“ und vier Kompanien der Unteroffizierschule „Egon Schulz“ aus Perleberg im Objekt des Truppenübungsplatzes „Rüthnick“.

1. November

Laut Tagesmeldung verläuft in der Berliner Marienkirche eine Veranstaltung mit ca. 500 Personen „ohne Besonderheiten“. Teilnehmer sind u.a. auch der Regierende Bürgermeister von Berlin (West) Momper und Bischof Kruse.

In Rostock findet nach dem Gottesdienst bis gegen 22:40 Uhr eine Demonstration mit ca. 30 000 Teilnehmern statt. Dabei werden vor der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit und dem Haus der NVA Kerzen abgestellt.

In Bützow und Teterow demonstrieren je ca. 3 000 Bürger. In Quedlinburg beteiligen sich von 19:30 Uhr bis 23:00 Uhr ca. 10 000 Bürger an einer Veranstaltung, auf der u.a. der Vorsitzende des Rates des Kreises auftritt. In Gera demonstrieren ca. 15 000 Bürger, in Guben ca. 12 000 und in Forst ca. 6 000. In Erfurt demonstrieren von 18:20 Uhr bis 20:00 Uhr nach Gottesdiensten ca. 4 000 bis 5 000 Personen. Dabei werden Losungen mitgeführt wie: „Rettet die Altstadt“, „Erst denken, dann lenken“ und „Solidarität mit den Reformern in der CSSR“. In Stendal initiieren kirchliche Kreise eine Demonstration, an der 5 000 Bürger teilnehmen. Laut Meldung seien im Verhalten der Demonstranten folgende Haltungen zum Ausdruck gekommen: die NVA wird als loyal eingeschätzt, die Volkspolizei wird akzeptiert (Ausnahme in der Stadt Guben), aber gegenüber den Angehörigen des MfS wird Mißfallen und teilweise Haß geäußert.

Erneut wird festgestellt, daß sich die geplanten Kräfte der NVA und der Grenztruppen der DDR in der vom Verteidigungsminister festgelegten Bereitschaft in den befohlenen Objekten befinden, aber hinzugefügt, daß „die Verlegung bzw. Bereitstellung von 16 Hundertschaften aus den Landstreitkräften für den Einsatz in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, am 04.11.1989 ... planmäßig vorbereitet (ist)“.

2. November

In den Abendstunden finden in 24 Städten Demonstrationen ohne besondere

Vorkommnisse statt. Die teilnehmerstärksten Demonstrationzüge bilden sich in Erfurt mit ca. 50 000 Personen, in Plauen mit 40 000 und in Auerbach mit 15 000.

Laut Meldung erfolgt die „Verlegung und Übergabe von 15 Hundertschaften aus dem Bestand der Landstreitkräfte ... entsprechend dem mit dem Ministerium für Nationale Verteidigung abgestimmten Plan des Präsidenten der Deutschen Volkspolizei und wird bis 07:30 Uhr (des nächsten Tages) abgeschlossen“. Außerdem wird „zur Verstärkung der Sicherung des Objektes der Disziplinareinheit SCHWEDT“ gegen vermutliche Demonstranten aus dem Bezirk Dresden eine Hundertschaft der Militärtechnischen Schule der Nachrichtentruppen Frankfurt/Oder bis zum 3.11.1989, 23:30 Uhr, an diesen Standort verlegt. Eine weitere Hundertschaft dieser Einrichtung wird in Bereitschaft gehalten.

3. November

Mit dem Stand von 06:00 Uhr informiert der Chef des Hauptstabes der NVA im Auftrage des Verteidigungsministers den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, E. Krenz, „über die Lage im Verantwortungsbereich des Ministers für Nationale Verteidigung“ wie folgt:

1. Die Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen der DDR werden am 04.11.1989 bis 08.00 Uhr die ERHÖHTE FÜHRUNGSBEREITSCHAFT einnehmen.

Im Ministerium für Nationale Verteidigung, in den Kommandos der Landstreitkräfte, der Luftstreitkräfte und Luftverteidigung, der Volksmarine, der Grenztruppen der DDR und des Militärbezirkes III wird die ERHÖHTE FÜHRUNGSBEREITSCHAFT seit dem 04.10.1989 ununterbrochen aufrechterhalten.

2. Für den Einsatz zur Unterstützung der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie zur Verstärkung der Grenzsicherung sind gegenwärtig insgesamt 118 Hundertschaften der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR formiert und vorbereitet.

3. Aus dem Bestand ist eine Gruppierung von 43 Hundertschaften für den Einsatz in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, geplant, davon:

- 6 Hundertschaften aus Truppen und Einrichtungen des Ministeriums für Nationale Verteidigung und

- 20 Hundertschaften aus Truppen der Landstreitkräfte zur Unterstützung der Schutz- und Sicherheitsorgane;

- 17 Hundertschaften aus Truppenteilen A friedlich. Die von den Organisatoren arrangierte Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei bewährt sich, so daß keine der zusätzlich vorbereiteten Kräfte eingesetzt werden müssen. Auch die zusätzlich nach Berlin verlegten 15 Hundertschaften der Landstreitkräfte der NVA können ohne vorherigen Einsatz zwischen 16:30 Uhr und 22:00 Uhr in ihre ständigen Standorte zurückgeführt und in das vorherige Regime der Bereitschaft wiedereingegliedert werden. Bis 5.11.1989, 00:30 Uhr, kehrt ebenfalls die zur Sicherung des Objektes der Disziplinareinheit Schwedt befohlene Hundertschaft der Militärtechnischen Schule der Nachrichtentruppen nach Frankfurt/Oder zurück.

Demonstrationen mit den nach Berlin größten Teilnehmerzahlen fanden statt: in Jena mit ca. 40 000 Personen, in Potsdam mit 35 000, in Plauen und Rostock mit je 20 000 sowie in Suhl, Dresden, Annaberg und Crimmitschau mit jeweils zwischen 12 000 und 18 000 Personen.

5. November

Die bereits seit längerem andauernde erhöhte Führungsbereitschaft des Verteidigungsministeriums und nachgeordneter Kommandos setzt sich fort. In der NVA und den Grenztruppen der DDR befinden sich 183 Hundertschaften in einer 2.- 3 Stunden-

Bereitschaft.

Davon

- in den Landstreitkräften	136
- in den Luftstreitkräften/Luftverteidigung	13
- in der Volksmarine	7
- in den Grenztruppen der DDR	18
- in den dem Verteidigungsministerium unmittelbar unterstellten Truppen	9

„Politische Aktivitäten üblichen Ausmaßes“ werden aus mehreren Städten gemeldet, darunter zunehmend organisierte Dialog-Veranstaltungen.

In Stralsund findet von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr eine von Künstlern organisierte Demonstration mit ca. 8 000 Teilnehmern statt. In Ücker münde nehmen von 9:30 Uhr bis 13:30 Uhr an einer von der Nationalen Front organisierten Dialogveranstaltung mit anschließender Demonstration ca. 4 000 Personen teil. Von 10:00 Uhr bis 14:15 Uhr gibt es in Bad Salzung eine Dialogveranstaltung mit 3 000 bis 3 500 Teilnehmern. Eine gleichartige Veranstaltung mit Vertretern der Bevölkerung der Stadt Guben führt die Kreisleitung der SED in den Nachmittagsstunden im Filmtheater der Stadt durch, wobei sich ca. 4 000 Personen zusätzlich vor dem Filmtheater versammeln.

In Freiberg demonstrieren von 20:00 Uhr bis 21:00 Uhr ca. 2 000 Personen. In Dresden findet im Anschluß an einen Gottesdienst in der Kreuzkirche von 19:00 Uhr bis 20:30 Uhr eine Demonstration von ca. 13 000 Personen statt und von 20:50 Uhr bis 21:45 Uhr, ebenfalls nach einem Gottesdienst, in Hohenstein-Ernstthal eine Demonstration von ca. 1 000 Personen.

Alle Veranstaltungen verlaufen friedlich und ohne besondere Vorkommnisse.

6. November

Mit Stand 02:00 Uhr meldet der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral H. Keßler, dem Vorsitzenden des Verteidigungsrates der DDR, E. Krenz, bezogen auf dessen Befehl Nr. 11/89 vom 3. November 1989, die Lage im Verantwortungsbereich des Ministeriums.

Hieraus ist ersichtlich, daß neben der erhöhten Führungsbereitschaft des Verteidigungsministeriums und nachgeordneter Kommandos auch die am 4. 11. 1989 zusätzlich für die Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen der DDR ausgelöste Führungsbereitschaft weiter andauert. Hinsichtlich der in einer 2 – 3 Stunden-Bereitschaft befindlichen 183 Hundertschaften der NVA und der Grenztruppen der DDR wird ergänzt, daß aus diesem Bestand bei Notwendigkeit kurzfristig Gruppierungen zum Einsatz in Schwerpunktgebieten gebildet werden können – in Berlin bis zu 26 Hundertschaften, im Raum Leipzig bis zu 33 Hundertschaften und im Raum Dresden bis zu 34 Hundertschaften. Darüber hinaus sei ein Einsatz von Teilkraften in allen größeren Städten der DDR möglich. Beim „Entstehen einer schwierigen Sicherheitslage“ könnten innerhalb von 4 bis 6 Stunden weitere Kräfte bereitgestellt werden. Erneut wird betont, daß die „Informationsbeziehungen und Verbindungen des Zusammenwirkens“ auf allen Ebenen zuverlässig gewährleistet werden, „darunter mit dem Stab der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR“.

6. November

In 11 Bezirken der DDR finden in insgesamt 34 Städten die nun schon traditionellen Montagsdemonstrationen ohne besondere Vorkommnisse statt.

Die teilnehmerstärksten Demonstrationzüge bilden sich in folgenden Städten: in Leipzig mit ca. 200 000 Personen, in Halle und Karl-Marx-Stadt mit je 80 000, in Dresden mit 70 000, in Schwerin und Aue mit je 20 000, in Cottbus mit 15 000, in Sonneberg mit 12 000, in Pößneck mit 6 000, in Bautzen mit 5 500, in Zwickau, Oelsnitz und Bad Blankenburg mit je 5 000, in Wurzen mit 4 500 sowie in Oschatz und Wernigerode mit je 3 000 Personen. An vielen Orten werden Transparente mitgeführt, auf denen u.a. ein Reisegesetz ohne Einschränkungen gefordert wird.

Bei der angemeldeten und friedlich verlaufenden Demonstration auf dem Altmarkt in Dresden ruft ein Sprecher der „Gruppe der 20“ für den 13.11.1989 zu einer Protestdemonstration gegen den Führungsanspruch der SED auf.

Die schon länger andauernde erhöhte Führungsbereitschaft und die 2 – 3 Stunden-Bereitschaft von Hundertschaften der NVA und der Grenztruppen werden aufrechterhalten, wobei sich die Gesamtzahl bei letzteren von 183 auf 179 reduziert – dabei erhöht sich die Zahl bei den Landstreitkräften von 136 auf 138 und reduziert sich bei den Grenztruppen von 18 auf 12.

7. November

Das SED-Politbüro beschließt, für die nächste Sitzung des SED-Zentralkomitees einen Vorschlag zu unterbreiten, „wonach der Teil des Reisegesetzes, der sich mit der ständigen Ausreise aus der DDR befaßt, durch eine Durchführungsbestimmung sofort in Kraft gesetzt wird“.

Der gesamte Entwurf für ein neues Reisegesetz war – nach mehreren früheren unbefriedigenden halbherzigen Entwürfen – auf der Politbüro-Sitzung vom 31. 10. 1989 beschlossen worden, mit der Empfehlung an den Ministerrat, den Entwurf nach öffentlicher Diskussion so an die Volkskammer zu leiten, „daß das Inkrafttreten des Gesetzes spätestens am 20. Dezember 89 möglich“ ist. In der Zwischenzeit hoffte man, das leidige Valutaproblem für Reisegeld durch schon länger andauernde Verhandlungen mit Hilfe der Regierung der BRD zu lösen. Angesichts der vor allem über die CSSR laufenden starken Ausreisewelle von DDR-Bürgern und der unmißverständlichen Ankündigung der tschechoslowakischen Seite, beim Nichtstoppen des Ausreisestromes seitens der DDR notfalls ihrerseits die Grenze zu schließen, sieht man sich nun zu dieser Verkürzung gezwungen.

Noch am gleichen Tage informiert der Gesandte der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn das Bundeskanzleramt über den genannten Beschluß.

7. November

Erneut gibt es mit Stand 02:00 Uhr eine spezielle Information des Verteidigungsministers an den Verteidigungsratsvorsitzenden über die Lage im Verantwortungsbereich des Ministeriums. Hiernach dauert die erhöhte Führungsbereitschaft neben dem unmittelbaren Ministeriumsbereich auch unverändert für die Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen der DDR an. Die schon genannte 2 – 3 Stunden-Bereitschaft von gegenwärtig 179 Hundertschaften wird gemeldet, sowie die Möglichkeit, daraus bei Notwendigkeit u.a. für Berlin mit bis zu 25 Hundertschaften (bisher 26), und unverändert mit 33 Hundertschaften im Raum Leipzig sowie mit 34 Hundertschaften im Raum Dresden „kurzfristig Gruppierungen zum Einsatz in Schwerpunktgebieten“ zu bilden. Wiederholt wird ebenfalls, daß beim Entstehen einer schwierigen Sicherheitslage innerhalb von 4 bis 6 Stunden weitere Kräfte bereitgestellt werden könnten..

Bereits am Vortage sind von den im Raum Berlin für den 4.11.1989 zusätzlich konzentrierten Kräften der Grenztruppen der DDR drei Hundertschaften in das Objekt der Offiziershochschule nach Suhl und fünf Hundertschaften in das der Unteroffiziersschule nach Perleberg zurückverlegt worden.

Abschließend wird ebenfalls wiederholt, daß die Informationsbeziehungen und Verbindungen des Zusammenwirkens „auf allen Ebenen, darunter mit dem Stab der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR,“ zuverlässig gewährleistet werden.

7. November

Größere Demonstrationen gibt es in Wismar mit ca. 50 000 Teilnehmern, in Weimar mit 45 000, in Rathenow mit 9 000, in Meißen mit 5 000, in Wittenberg mit 3 500, in Berlin und Lobenstein mit je 3 000, in Roßlau mit 2 000, in Naumburg, Genthin und Penig mit je 1 500, in Anklam mit 1 200, in Pulsnitz mit 1 000 sowie in Bitterfeld mit ca. 800 Personen. Schweigemärsche werden aus Meiningen und Nordhausen mit je 10 000 Teilnehmern gemeldet, Dialogveranstaltungen aus Weißenfels mit ca. 5 000 und aus Zschopau mit ca. 1 500 Bürgern.

Alle Veranstaltungen verlaufen ohne besondere Vorkommnisse. Die erhöhte Führungsbereitschaft und die 2 – 3 Stunden-Bereitschaft vorbereiteter Hundertschaften in unveränderter Anzahl dauern an.

8. November

Mit Stand von 02:00 Uhr meldet erneut der Verteidigungsminister an den Vorsitzenden des Verteidigungsrates die Lage im Verantwortungsbereich des Ministeriums. Gegenüber der Meldung des Vortages gibt es hinsichtlich der bereitgehaltenen Kräfte, Führungsbereitschaft und Verbindungen keine Veränderungen.

8. November

In der Zeit von 15:45 Uhr bis 18:10 Uhr findet vor dem Gebäude des ZK der SED eine Willenskundgebung von ca. 14 000 Parteimitgliedern statt.

Größere Demonstrationen werden gemeldet aus Neubrandenburg und Limbach-Oberfrohna mit je ca. 20 000 Teilnehmern, aus Zerbst und Markneukirchen mit je 7 000, aus Greifswald mit 6 000, aus Reichenbach mit 4 500, aus Demmin, Neustrelitz und Groß Räschen mit je 3 000, aus Wasungen und Steinbach-Hallenberg mit je 2 500 und aus Frankfurt/Oder mit ca. 700 Teilnehmern. Dialogveranstaltungen gibt es in Freital mit ca. 8 000 Teilnehmern sowie in Bad Doberan und Eilenburg mit je ca. 5 000 Bürgern. Dabei werden in Freital der Rücktritt des Bürgermeisters und des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung sowie die öffentliche Vernichtung der Waffen der Kampfgruppen gefordert.

Aus Sonneberg wird eine Gewaltandrohung gegen den Sekretär der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und aus Zwickau ein um 16.44 Uhr erfolgreicher anonymer Anruf mit einer Bombendrohung an die SED-Kreisleitung gemeldet.

Die erhöhte Führungsbereitschaft und die 2 –3 Stunden-Bereitschaft vorbereiteter Hundertschaften in unveränderter Zahl gelten weiter.

9. November

Auch heute wird die seit dem 6.10.1989 ununterbrochen andauernde Praxis einer täglichen speziellen Information des Verteidigungsministers für den Vorsitzenden des Verteidigungsrates mit Stand 02:00 Uhr fortgesetzt. Wie an den Vortagen besteht die erhöhte Führungsbereitschaft nicht nur im Verteidigungsministerium und den nachgeordneten Kommandos, sondern auch weiterhin bei den Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen der DDR. Gleiches gilt für die 2 – 3 Stunden-Bereitschaft von gleichbleibend 179 Hundertschaften, wobei neben den ebenfalls unveränderten Zahlen für kurzfristig mögliche Einsatzgruppierungen für Berlin, den Raum Leipzig und den Raum Dresden noch hinzugefügt wird, daß „in weiteren größeren Städten je 5 bis 10 Hundertschaften“ zum Einsatz kommen können. Wiederholt wird ebenfalls, daß generell innerhalb von 4 bis 6 Stunden „weitere Einsatzkräfte bereitgestellt“ werden können und daß die Informationsbeziehungen und Verbindungen des Zusammenwirkens auf allen

Ebenen, „einschließlich mit dem Stab der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR“ zuverlässig gewährleistet werden.

Diese Fakten sind zweifellos im Hinblick auf die sich dann in den Abend- und Nachtstunden vollziehende Entwicklung besonders bemerkenswert.

9. November

Gegen 9:00 Uhr beginnt eine vierköpfige Arbeitsgruppe aus hochrangigen Mitarbeitern (ein General und drei Oberste) der Ministerien des Innern und für Staatssicherheit auf der Grundlage von Vorarbeiten mit der Abfassung einer Beschlußvorlage für den Ministerrat zur Ausreiseregulierung gemäß Politbüro-Beschluß vom 7.11.1989. Da sie es im Widerspruch zu ihrer Verantwortung sehen, quasi den Ausreiestrom durch eine Bevorzugung der ständigen Ausreise noch weiter zu beschleunigen, fügen sie Regelungen der nach ihrer Sachkenntnis viel häufiger gewünschten normalen Besuchsreisen hinzu und stellen diese sogar an die Spitze der Vorlage. Die auf der 10. Tagung des SED-Zentralkomitees anwesenden Politbüromitglieder stimmen der Vorlage mittags zu, die Mitglieder des Ministerrates anschließend in einem auch sonst schon angewendeten Umlaufverfahren. Ab 16:00 Uhr werden auf der ZK-Tagung bei einer kurzen Diskussion über die wörtlich vorgetragene „Vorlage“ des amtierenden Ministerratsvorsitzenden noch einige Änderungen vorgenommen (Begriffe wie „zeitweilig“ und „Übergangsregelung“, die Mißtrauen gegenüber der Dauer des neuen Herangehens nähren könnten, werden gestrichen bzw. in „Regelung“ umgeändert). Der Vorlage wird lt. Protokoll in folgender Fassung zugestimmt:

Ministerrat

Beschluß

zur Veränderung der Situation der ständigen Ausreise von DDR-Bürgern nach der BRD über die CSSR wird festgelegt:

1. Die Verordnung vom 30. November 1988 über Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland (GBI I Nr.25 S.271) findet bis zur Inkraftsetzung des neuen Reisegesetzes keine Anwendung mehr.
2. Ab sofort treten folgende Regelungen für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR in das Ausland in Kraft:
 - a) Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Versagungsgründe werden nur in besonderen Ausnahmefällen angewandt.
 - b) Die zuständigen Abteilungen Paß- und Meldewesen der VPKÄ in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne daß dafür noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen. Die Antragstellung auf ständige Ausreise ist wie bisher auch bei den Abteilungen Innere Angelegenheiten möglich.
 - c) Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin (West) erfolgen.
 - d) Damit entfällt die vorübergehend ermöglichte Erteilung von entsprechenden Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten.
3. Über die Regelungen ist die beigelegte Pressemitteilung am 10. November 1989 zu veröffentlichen.

Pressemitteilung

Anlage

Berlin (ADN)

Wie die Presseabteilung des Ministeriums des Innern mitteilt, hat der Ministerrat der DDR beschlossen, daß bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung durch die Volkskammer folgende Regelungen in Kraft treten: (Es folgt erneut der genannte Text der Regelung)

Während der Diskussion hierzu ist der nunmehr anstelle von J. Herrmann für die Medien zuständige ZK-Sekretär G. Schabowski nicht im Sitzungssaal. Als dieser sich für die auf 18:00 Uhr im Internationalen Pressezentrum in der Mohrenstraße angesetzte Pressekonferenz über Verlauf und Ergebnisse der ZK-Tagung bei E. Krenz abmeldet, gibt ihm dieser sein Exemplar der Ministerratsvorlage mit dem Bemerkung mit, es doch dort gleich bekannt zu geben. (Eigentlich galt für die Pressemitteilung eine Sperrfrist bis 04:00 Uhr des 10.11.89)

9. November

Kurz vor 19:00 Uhr, gegen Ende der Pressekonferenz, informiert G. Schabowski über die neue Reiseregulierung - offensichtlich jedoch, ohne den Punkt 3, in dem festgelegt war, diese Pressemitteilung erst am 10. November 1989 zu veröffentlichen, dem erfolgten Vorziehen der Veröffentlichung entsprechend zu berücksichtigen. Nur so erklärt sich seine Antwort auf die Journalistenfrage, ab wann diese Regelung gelte, mit „ab sofort“, „unverzögerlich“ – Begriffe, die er aus dem Text des Punktes 2 des Beschlusses erfaßte. Im Klartext hieß diese mit viel Verlegenheitsfloskeln vorgetragene Information, daß zeitweilige und ständige Ausreisen ab sofort über sämtliche Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD und nach Berlin (West) erfolgen können.

9. November

Da das DDR-Fernsehen die Pressekonferenz direkt übertragen hatte und ein Teil der westlichen Medien die genannte Mitteilung als „sofortige Grenzöffnung“ verbreitete, begeben sich zunächst einzelne Bewohner Berlins und des Umlandes zu Grenzübergangsstellen, um vor Ort zu prüfen, was an dieser unglaublichen Meldung wahr ist.

Gegen 20:00 Uhr bilden sich im Innern Berlins an einigen Grenzübergangsstellen schon größere Menschenansammlungen – an der Außengrenze können zur gleichen Zeit noch die wenigen Bürger mit dem Hinweis zur Umkehr bewogen werden, sie hätten eine Fernsehmeldung falsch verstanden.

9. November

Gegen 21:20 Uhr verlangen in Berlin am Grenzübergang Bornholmer Straße bereits zwischen 500 und 1000 Menschen unter Berufung auf die Pressekonferenz die Öffnung des Schlagbaumes – der PKW-Rückstau reicht über einen Kilometer lang bis zur Schönhauser Allee. Das Durchlassen Einzelner, die auf ständige Ausreise beharren, bringt keine Erleichterung, sondern wirkt anspornend auf andere. Gegen 23:30 Uhr fordern an diesem Grenzübergang bereits ca. 20 000 Menschen, die Tore zu öffnen – sie rufen aber auch: „Wir kommen wieder“. Da durch den weiter wachsenden Druck eine bedrohliche Situation für Leib und Leben entsteht, die vorgesetzten Stäbe aber noch immer keine klaren Weisungen geben, lösen die beiden ranghöchsten Offiziere der dortigen Paßkontrollereinheit eigenmächtig die Sicherung des Schlagbaumes und geben ihn frei. Am Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße wird der Schlagbaum gegen 23:35 Uhr geöffnet, an der Oberbaumbrücke und in der Chausseestraße 23:40 Uhr - gegen 24:00 Uhr folgen die Übergänge Friedrich/ Zimmerstraße – der „Checkpoint Charlie“ – und Invalidenstraße. Nach Lagebericht der Volkspolizei sind zwei Minuten nach Mitternacht alle Grenzübergänge im Innern Berlins geöffnet und bis 01:00 Uhr am Außenring. Zu

dieser Zeit folgen auch die Übergänge an der Grenze zur BRD – in der Regel in Übereinstimmung zwischen den jeweils vor Ort Verantwortlichen von Grenztruppen, Paßkontrolleinheiten und Zoll. Es gibt keinen einzigen Fall, wo seitens der Grenzsicherungs- und –kontrollkräfte versucht wird, gegen diese Entwicklung mit Schußwaffen oder anderen gewaltsamen Mitteln vorzugehen. Nach späteren Zahlenangaben passieren in dieser Nacht ca. 60 000 DDR-Bürger die Grenzübergangsstellen nach Berlin (West), von denen 45 000 sofort wieder zurückkehren.

9. November

In den Abendstunden ist die oberste politische und militärische Führung, einschließlich des Chefs der Grenztruppen, durch eine Verkettung von Umständen faktisch vom aktuellen Geschehen ausgeschaltet und damit handlungsunfähig.

Der übermüdete G. Schabowski ist nach der Pressekonferenz nach Hause gefahren. Der Verteidigungsminister hatte für 19:00 Uhr, unmittelbar nach dem geplanten Schluß der ZK-Tagung, eine Kollegiumssitzung nach Strausberg einberufen – doch die Tagung verlängerte sich unplanmäßig beträchtlich. So warten die Nicht-ZK-Mitglieder des Kollegiums stundenlang vor dem Tagungsraum in Strausberg und erfahren nichts von der Pressekonferenz und ihren Folgen, die ZK-Mitglieder gleichermaßen nicht wegen der andauernden Tagung. Als sie gegen 21:00 Uhr in Strausberg eintreffen, wird angesichts der schon eingetretenen Verzögerung ohne Zwischenpause die Sitzung begonnen. Mitten aus der Sitzung heraus wird schließlich der Chef der Grenztruppen, Generaloberst Baumgarten, telefonisch von seinem Stabschef darüber informiert, „daß ein Ansturm auf die Grenze eingesetzt habe und daß es angeblich einen Regierungsbeschuß über die Öffnung der Grenzübergänge gebe, von dem er aber nichts wisse. Er bat um Klärung der Sachlage und um Anweisungen“.

Alle Kollegiumsmitglieder sind überrascht. Auch E. Krenz ist nicht erreichbar, da er sich noch auf dem Wege nach Wandlitz befindet. Der Minister beordert daher den Chef der Grenztruppen sofort zu dessen Kommando nach Pätz, um notwendige Schritte einleiten zu können. Als dieser dort gegen 24:00 Uhr eintrifft, kann er angesichts der inzwischen entstandenen Tatsachen dem Minister nur noch melden, daß einige Grenzübergangsstellen auf Entscheidung der vor Ort eingesetzten Kräfte bereits die Schlagbäume geöffnet hätten und es auf der Linie des MfS eine Weisung zur Öffnung der Grenzübergangsstellen für DDR-Bürger gebe. Um 00:20 Uhr weist er dann an, die Grenztruppen, wie bei besonderen Lagen üblich, in „erhöhte Gefechtsbereitschaft“ zu versetzen. Bis heute bleibt umstritten, ab wann wer zentral Weisungen zur einheitlichen Führung erteilt hat. Unbestritten ist aber offensichtlich, daß es auch auf dieser Führungsstufe zu diesem kritischen Zeitpunkt kein Indiz dafür gibt, daß versucht wird, mit Waffengewalt die entstandene Lage zu verändern.

10. November

Der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, E. Krenz, erläßt den Befehl 12/89 über „die Bildung einer operativen Führungsgruppe des Nationalen Verteidigungsrates“ der DDR. „Zur Beherrschung der unter den gegenwärtigen Bedingungen bestehenden komplizierten sicherheitspolitischen Situation“ in der DDR „und dem sich daraus ergebenden Erfordernis, auf jede weitere Zuspitzung der Lage kurzfristig und angemessen zu reagieren“, wird darin die Bildung der genannten Gruppe mit Wirkung vom 10.11.1989 festgelegt. Unter der Leitung des Chefs des Hauptstabes der NVA gehören ihr an: je ein Stellvertreter der Ministerien für Staatssicherheit, des Innern und für Auswärtige Angelegenheiten, ein Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen sowie der Leiter der Abteilung Parteiorgane des SED-Zentralkomitees und der Leiter der Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Ministerrat. Die Arbeitsgruppe hatte ab 16:00 Uhr des gleichen Tages im Lage- und Informationszentrum des Innenministeriums ihre Arbeit mit der Aufgabenstellung aufzunehmen, „Informationen über die

Gesamtlage auf dem Territorium der DDR zu sammeln und zu analysieren, ununterbrochen die Lage des Gegners einzuschätzen sowie Schlußfolgerungen bzw. Vorschläge für gesamtstaatliche Führungsentscheidungen vorzubereiten“.

10. November

Mit Stand 04:00 Uhr informiert der Verteidigungsminister den Vorsitzenden des Verteidigungsrates der DDR, wie schon seit Tagen üblich, zur Lage im Verantwortungsbereich des Ministeriums.

Hieraus ist ersichtlich, daß die erhöhte Führungsbereitschaft sowohl im unmittelbaren Bereich des Ministeriums als auch durch die Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen weiterhin beibehalten wird. Ebenso stehen unverändert die 179 Hundertschaften in 2 – 3 Stunden-Bereitschaft, einschließlich für die Bildung kurzfristiger Gruppierungen in der benannten Stärke für Berlin, die Räume Leipzig und Dresden sowie für andere größere Städte, bereit. Gleiches gilt dafür, daß die Informationsbeziehungen und Verbindungen des Zusammenwirkens auf allen Ebenen, „einschließlich mit dem Stab der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR“, zuverlässig gewährleistet werden.

Vor allem aus einer angefügten zusätzlichen „Information zum Geschehen in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, im Zeitraum vom 09.11. bis 10.11.1989“ ergeben sich Aufschlüsse über einige Details. So wurde durch das Kommando der Grenztruppen informiert, „daß die Paßkontrollorgane die Genehmigung hatten, bis 10.11.1989, 08:00 Uhr, Bürger der DDR nur mit Personalausweis (ohne Visa bzw. andere Formalitäten) die Staatsgrenze der DDR zu BERLIN (West) passieren zu lassen“. Nach Rückfrage beim Ministerium für Staatssicherheit sei durch Generalleutnant Neiber „die Richtigkeit dieser Verfahrensweise“ bestätigt worden. Beim Zusammen-treffen von Bürgern aus Berlin (West) und aus der DDR-Hauptstadt sei es an der Mauer am Brandenburger Tor „unter Verletzung der Grenzordnung ... zu Szenen der Verbrüderung und dem Anstoßen mit Sekt“ gekommen, ca. 600 DDR-Bürger dran-geen in den Grenzraum am Brandenburger Tor ein und bestiegen zum Teil die Grenzsicherungsanlagen. Bis in die frühen Morgenstunden des 10.11.1989 sei mit Kräften der Grenztruppen und der Volkspolizei die Ordnung am Brandenburger Tor wieder hergestellt worden. Im Verlaufe der Nacht zum 10.11.1989 seien alle Grenzübergangsstellen in Berlin durch DDR-Bürger ununterbrochen in beiden Richtungen genutzt worden. Gegenüber Bürgern von Berlin (West) seien „die bestehenden Bestimmungen zum Grenzübertritt in die DDR in Anwendung gebracht“ worden.. Gegenüber Angehörigen der Grenztruppen sowie anderer Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR habe es keine Provokationen bzw. Ausschreitungen oder Angriffe gegeben. Im Grenzabschnitt Brandenburger Tor seien zur Verstärkung der Grenzsicherung zwei Kompanien der Grenztruppen zusätzlich eingesetzt worden..

Mit Bereitschaft 12:00 Uhr am 10.11.1989 werden in das Objekt „Hölzerner See“ weitere Kräfte herangeführt, und zwar: drei Unteroffiziersausbildungskompanien der Unteroffiziersschule der Grenztruppen Perleberg und drei Offiziersschülerkompanien der Offiziershochschule der Grenztruppen Suhl.

10. November

Gegen 9:00 Uhr ruft der sowjetische Botschafter in der DDR, W. Kotschemassow, bei E. Krenz an und teilt mit, daß man in Moskau über die Lage an der Berliner Mauer, wie sie sich in der Nacht entwickelt habe, beunruhigt sei. Die vom DDR-Außenministerium übermittelte Reiseverordnung sei so aufgefaßt worden, daß dies nur für die Grenze DDR/BRD zutrefe. Die Öffnung der Grenze in Berlin betreffe aber die Interessen der Alliierten. E. Krenz erwidert, daß die Grenzöffnung in Berlin nur durch militärische Mittel hätte verhindert werden können und das hätte ein schlimmes Blutbad ergeben. Kotschemassow stimmt dem zu und erbittet detailliertere Informationen zur Grenzöffnung..

10. November

Gegen 12:00 Uhr übermittelt der Chef des Hauptstabes, Generaloberst Streletz, dem Chef der Landstreitkräfte, Generaloberst Stechbarth, mündlich die Weisung, daß die 1. Mot.-Schützendivision „bei Notwendigkeit“ bereit zu sein habe, „mit Teilen des Personalbestandes ohne Panzer, Artillerie und schwere Technik als Mot.-Schützenkräfte die Grenztruppen bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze der DDR zu West-Berlin zu unterstützen.“ Um 13:00 Uhr werden die bei Potsdam stationierte 1. MSD und das Luftsturmregiment 40 in Lehnin alarmiert. Anlaß seien die nächtlichen spektakulären Vorgänge der Besetzung der Mauer am Brandenburger Tor gewesen, die von östlicher Seite zwar gegen Morgen unter Kontrolle gebracht wurden, aber von westlicher Seite immer wieder eskalierten. Eine Eskalation aber habe niemand gewünscht, selbst Bundeskanzler Kohl habe sich klar in diesem Sinne geäußert.

11. November

Mit Stand 04:00 Uhr wird in einer Lageeinschätzung des Chefs des Hauptstabes der NVA für den Verteidigungsminister festgehalten, daß es im Grenzabschnitt Brandenburger Tor in den Abend- und Nachtstunden vom 10. zum 11.11.1989 „auf westlicher Seite zu einer Zusammenrottung von ca. 3 000 Personen (kam), davon ca. 900 Personen auf der Mauer“. An der Grenzübergangsstelle Potsdamer Platz versuchten ca. 1 000 Personen mit Hilfsmitteln die Grenzmauer zu zerstören.

Bis zu diesem Zeitpunkt wurden an den Grenzübergangsstellen zur BRD ca. 49 436 Ausreisen und ca. 18 585 Einreisen registriert.; an den Grenzübergangsstellen zu Berlin (West) aber ca. 308 100 Ausreisen und ca. 239 800 Einreisen.

Von den Abendstunden des 10.11. werden auch Demonstrationen gemeldet, aber für den gesamten Bezirk Karl-Marx-Stadt aus 5 Orten insgesamt nur noch ca. 30 000 Teilnehmer, aus dem Bezirk Suhl noch 1200 und dem Bezirk Gera noch 9 000.

Im Verteidigungsministerium und nachgeordneten Kommandos wird weiterhin die erhöhte Führungsbereitschaft und eine 2 – 3 Stunden-Bereitschaft bei insgesamt 178 Hundertschaften aufrechterhalten.

11. November

Im Verlaufe des 11.11.1989 passieren ca. 500 000 DDR-Bürger die Grenzübergangsstellen nach Berlin (West), wozu auch drei an diesem Tage neueröffnete zusätzliche Grenzübergangsstellen beitragen (Eberswalder Straße, Puschkinallee, Jannowitzbrücke), für den 12.11. ab 8:00 Uhr ist eine weitere für den Potsdamer Platz vorgesehen.

Hauptsächlich konzentrieren sich die Aktivitäten aber auf den Abschnitt des Brandenburger Tores, wo die Mauer, vor allem von westlicher Seite immer wieder besetzt wird. In der Nacht vom 10.11. zum 11.11.1989 versammelten sich auf westlicher Seite erneut ca. 3 000 Personen, davon ca. 900 auf der Mauer. Laut Tagesmeldung wird die Besetzung der dortigen Grenzmauer „durch ca. 1 000 Provokateure ... gegen 08:50 Uhr ohne größere Zwischenfälle“ unterbunden. In diesem Abschnitt kamen dazu drei Hundertschaften der Stadtkommandantur zusätzlich zum Einsatz. Mitentscheidend war aber offenbar auch, daß „im Ergebnis mehrerer Proteste der Grenztruppen und eines Treffens des Stabschefs des Grenzkommandos MITTE mit dem Polizeipräsidenten von BERLIN (WEST) ... die WESTBERLINER POLIZEI Sicherungsmaßnahmen ein(leitete), die zur Stabilisierung der Lage beitragen.“

Nach Beruhigung der Lage werden zwischen 12:00 Uhr und 15:00 Uhr die 1. Mot.-Schützendivision und das Luftsturmregiment 40 aus der erhöhten Gefechtsbereitschaft in den Zustand der ständigen Gefechtsbereitschaft zurückgeführt.

Möglicherweise hat noch ein zweites Ereignis diese rasche Aufhebung der erhöhten

Gefechtsbereitschaft mitbewirkt. Am Vormittag dieses Tages findet in Strausberg eine Parteiaktivtagung des Ministeriums und direkt unterstellter Einrichtungen statt, die nach Bekanntgabe der Zuspitzungen am Brandenburger Tor unterbrochen wird. Der Chef des Hauptstabes weist die dort anwesenden Kollegiumsmitglieder sowie die Chefs und Leiter des Ministeriums – ca. 25 Personen – an, noch zu einer Information im Saale zu verbleiben. Er informiert über die geschilderte Auslösung der erhöhten Gefechtsbereitschaft vom Vortage und die Zielstellung, bei Andauern und Ausweiten der Provokationen und Besetzungen an der Mauer die Grenztruppen erforderlichenfalls mit diesen militärischen Kräften zu unterstützen. Das löst unter diesen verantwortlichen Offizieren und Chefs des Ministeriums eine heftige Diskussion aus, in der - schon wegen im Raum Berlin möglicher unübersehbarer Folgen durch bloße Truppenbewegungen – einhellig ein derartiges Vorgehen abgelehnt wird.

An der Staatsgrenze zur BRD werden gegen 16:00 Uhr zwei zusätzliche Grenzübergangsstellen eröffnet (Stapelburg und Ellrich), insgesamt passieren an diesem Tag ca. 210 000 DDR-Bürger die Staatsgrenze zur BRD. Für die Morgenstunden des 12.11.1989 sind weitere 9 zusätzliche Grenzübergänge zur Eröffnung vorbereitet.

Am 11.11. werden generell bis 18:00 Uhr die als Einsatzkräfte zur Unterstützung der Schutz- und Sicherheitsorgane gebildeten 179 Hundertschaften aufgelöst und die Kräfte wieder in die militärische Struktur aufgenommen.

Zur Verstärkung der Grenzsicherung im Bereich der Hauptstadt werden aber ersatzweise „insgesamt sechs Kompanien aus dem Bestand der Truppenteile der 1. Mot.-Schützendivision und des Luftsturmregiments 40 vorbereitet“. Außerdem können „auf Entschluß der Kommandeure der Grenztruppen der DDR ... für diese Aufgabe 13 Kompanien, davon 6 Offizierschülerkompanien und 7 Unteroffizierschülerkompanien, zum Einsatz gebracht werden“.

Die Maßnahmen der erhöhten Führungsbereitschaft werden weiterhin durch die Einsatzleitungen der DDR sowie durch das Verteidigungsministerium und die Kommandos der Teilstreitkräfte und der Militärbezirke III und V verwirklicht.

12. November

Der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral H. Keßler, erläßt den Befehl 124/89 „über die gegenwärtigen Aufgaben der NVA und der Grenztruppen der DDR“. Ausgehend davon, daß „die Wende zu einer revolutionären Erneuerung des Sozialismus in der DDR eingeleitet“, die Situation in der DDR jedoch angespannt und widersprüchlich sei, die revolutionäre Erneuerung aber Frieden und Sicherheit brauche, befiehlt der Minister:

1. Die Nationale Volksarmee hat entsprechend ihrem Verfassungsauftrag (Artikel 7 und 23) und ihren Bündnisverpflichtungen im Warschauer Vertrag die Sicherheit der DDR und das friedliche Leben der Bürger unseres Vaterlandes zu schützen und eine Verletzung der Souveränität unseres Staates nicht zuzulassen.
2. Zur Aufrechterhaltung der ständigen Gefechtsbereitschaft sind in den Führungsorganen und Truppen die notwendigen Kräfte in Verantwortung der Stellvertreter des Ministers sowie Chefs und Leiter zu planen und einzusetzen.
3. Die Angehörigen der Nationalen Volksarmee haben sich als Soldaten des Volkes zu bewähren und alles zu tun, um die Einheit von Volk und Armee zu gewährleisten. Dazu ist den Staats- und Wirtschaftsorganen, den Einrichtungen des Gesundheitswesens, den Betrieben des Transportwesens und des Handels entsprechend unseren Möglichkeiten Hilfe und Unterstützung zur Erfüllung lebenswichtiger Aufgaben zu geben. Weitere Aufgaben werden durch den Minister für Nationale Verteidigung befohlen.

4. Im breiten Dialog mit allen Angehörigen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR ist ihr Engagement für die revolutionäre Erneuerung in unserem sozialistischen Vaterland auszuprägen. Die Wehrpflichtigen, Zeitsoldaten, Berufskader und Zivilbeschäftigten sind zu bestärken, aktiv am Erneuerungsprozeß auch in der Nationalen Volksarmee und in den Grenztruppen der DDR teilzunehmen.
5. Alle befohlenen Aufgaben sind mit hoher militärischer Organisiertheit, diszipliniert und initiativreich durchzuführen.

Ich danke allen für die aufopferungsvolle Pflichterfüllung in diesen Tagen.

Dieser Befehl ist allen Angehörigen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR sowie den Zivilbeschäftigten bekannt zu geben.

12. November

Der Minister für Nationale Verteidigung erläßt den Befehl Nr. 125/89 „über die Gewährleistung der zeitweiligen Unterbringung von Rückkehrern“.

Auf Weisung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR seien durch die Staatsorgane die erforderlichen Maßnahmen „für eine Rückführung von ca. 10 000 DDR-Bürgern bzw. ehemaligen DDR-Bürgern aus der BRD“ bis zum 15. 11. 1989 vorzubereiten. Hierzu befiehlt er, daß dafür in der NVA und in den Grenztruppen der DDR „kurzfristig geeignete Objekte und Einrichtungen als Aufnahmeobjekte auszuwählen und festzulegen“ sind. Detailliert folgen dann Aufgabenstellungen für die Stellvertreterbereiche und Ressortchefs, um Vorbereitung und Unterbringung sowie allseitige Betreuung zu garantieren. 71 Offiziere aus den Fachbereichen des Ministeriums werden dazu zusätzlich abkommandiert, die zu Arbeitsgruppen zusammengefaßt und „zur Unterstützung der Chefs der Wehrbezirkskommandos und der Führung der Maßnahmen im Territorium einzusetzen“ sind.

12. November

In den Bezirken der DDR finden „nur einzelne Maßnahmen mit Demonstrationscharakter“ statt, einige Kundgebungen, wie z.B. in Dresden, werden durch die SED organisiert.

In Berlin wird um 08:20 Uhr die neue Grenzübergangsstelle Potsdamer Platz eröffnet, an der Wollankstraße und am Falkenseer Damm (Bezirk Potsdam) wird dafür noch gearbeitet.

Im Verlaufe dieses Tages passieren ca. 840 000 Personen die Grenzübergangsstellen nach Berlin (West).

An der Staatsgrenze zur BRD werden an diesem Tage folgende Grenzübergangsstellen eröffnet: um 08:00 Uhr in Vacha, Hönbach und Hessen; um 09:00 Uhr in Blosenberg, um 10:00 Uhr in Untersuhl, um 11:30 Uhr in Katharinenberg, um 12:25 Uhr in Hohengandern und um 13:00 Uhr in Gadebusch. Am 13.11., 06:00 Uhr soll eine weitere in Probstzella (Straßenübergang) folgen. Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten werden in 35 Fällen Informationen zwischen beiden Seiten über die Grenzinformationspunkte ausgetauscht.

Vorerst nur zeitweilig werden Grenzübergänge von 14:30 Uhr bis 23:50 Uhr in Jägerfleck, von 15:00 Uhr bis 13.11. , 06:00 Uhr in Elend und von 19:50 Uhr bis 23:50 Uhr in Mackenrode geöffnet.

Im Verlaufe des Tages passieren ca. 890 000 Personen die Grenzübergangsstellen nach der BRD.

Zur Verstärkung der Grenztruppen im Bereich Berlin werden 6 Kompanien aus dem Bestand der 1. Mot.-Schützendivision und des Luftsturmregiments 40 in ihren Objekten in Bereitschaft gehalten. Von den ebenfalls in Bereitschaft gehaltenen 6 Offiziersschüler- und 7 Unteroffiziersschülerkompanien der Grenztruppen der DDR sind 5 Kompanien zur

Absicherung der Arbeit der Grenzübergangsstellen eingesetzt, gleichzeitig zwei Kompanien des Wachregimentes der Stadtkommandantur zu Absicherungsmaßnahmen im Raum des Brandenburger Tors.

Die bekannten Maßnahmen der erhöhten Führungsbereitschaft werden weiterhin aufrechterhalten.

13. November

In 6 Bezirken der DDR finden „Maßnahmen mit Demonstrationscharakter“ ohne Zwischenfälle mit einer Gesamtbeteiligung von ca. 200 000 Personen statt.

In Berlin wird am Potsdamer Platz von westlicher Seite aus der Versuch unternommen, Grenzsicherungsanlagen gewaltsam zu entfernen. Größere Schäden „wurden nach entsprechender Abstimmung“ durch den Einsatz von Kräften der Westberliner Polizei und der Grenztruppen der DDR verhindert.

Im Verlaufe des Tages passieren ca. 214 500 Personen die Grenzübergangsstellen nach Berlin (West) und in umgekehrter Richtung ca. 217 000. Die Grenzübergangsstellen Wollankstraße und Falkenseer Chaussee (Bezirk Potsdam) werden planmäßig eröffnet, für den Folgetag wird das an der Stubenrauchstraße und Philipp-Müller-Allee (Bezirk Potsdam) vorbereitet.

An der Staatsgrenze zur BRD öffnet um 16:00 Uhr die neue Grenzübergangsstelle Großburschla, für den Folgetag ist das in Elend geplant. In 6 Fällen werden dazu über die Grenzinformationspunkte Informationen ausgetauscht.

Im Verlaufe dieses Tages passieren die Grenzübergangsstellen Richtung BRD ca. 181 000 Personen und in umgekehrter Richtung 235 000 Personen.

Als besonderes Vorkommnis wird gemeldet, daß es am 11.11. und 12.11.1989 Personen aus der DDR und der BRD gelungen sei, in Stapelburg (Kreis Wernigerode) und Ellrich (Kreis Nordhausen) „die außerplanmäßige Eröffnung von Grenzübergangsstellen durchzusetzen“.

Zur Verstärkung der Grenztruppen im Bereich Berlin werden noch 5 Kompanien der 1. Mot.-Schützendivision in den Objekten in Bereitschaft gehalten. Aus dem Bereich der Grenztruppen sind in Bereitschaft: sechs Offiziersschülerkompanien im Grenzregiment Mitte und zwei im Grenzregiment 33 sowie sieben Unteroffiziersschülerkompanien ohne spezielle Zuordnung. Davon werden im Ablösesystem bis zu fünf Kompanien zur Absicherung der Arbeit der Grenzübergangsstellen herangezogen.

Für zwei Kompanien des Wachregiments der Stadtkommandantur Berlin ist die Bereitschaftsstufe x + 60 befohlen.

Die bekannten Maßnahmen der erhöhten Führungsbereitschaft werden weiterhin aufrechterhalten.

13. November

DDR-Verteidigungsminister H. Keßler übersendet E. Krenz die Abschrift eines Fernschreibens des Stabschefs der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR, Generalleutnant Fursin, worin dieser mitteilt, daß sich der Stab der Westgruppe am Vortage entsprechend einer Bitte des DDR-Verteidigungsministers über die beim Oberkommandierenden der Westgruppe akkreditierten ausländischen Militärverbindungsmissionen an die Oberkommandos der britischen Streitkräfte in Deutschland, der USA-Landstreitkräfte Europa und der französischen Streitkräfte in Deutschland mit dem Wunsch gewandt hat, daß diese „sich aus den Ereignissen heraushalten, die mit der Entscheidung der Regierung der DDR für eine veränderte Regelung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Bürgern der DDR nach der BRD und BERLIN (West) im Zusammenhang stehen, und diese als Akt eines souveränen Staates zu betrachten“. In

der anschließenden Unterredung in Potsdam habe der Chef der britischen Mission erklärt, „die britischen Armeeangehörigen seien angewiesen, sich aus den Ereignissen völlig herauszuhalten“. Der Chef der US-amerikanischen Mission habe im Namen seines Oberkommandos erklärt, daß die USA-Truppen ihrer normalen Arbeit nachgingen, „während Vertreter des Oberkommandos der USA mit Amtspersonen in BERLIN (West) und in der BRD zusammenwirken, um jene bei der Lösung auftretender Fragen erforderlichenfalls zu unterstützen. Gleichzeitig gab er zu verstehen, daß das USA-Oberkommando Einwände erheben würde, falls Armeeangehörige der NVA der DDR BERLIN (West) besuchen sollten.“ Der Chef der französischen Mission habe erklärt, „daß er die Haltung des USA-Oberkommandos voll und ganz unterstütze“.

Am Ende der Zusammenkunft sei den Chefs der akkreditierten ausländischen Militärverbindungsmissionen erklärt worden, „daß ungeachtet des veränderten Grenzübergangsregimes an der DDR-Grenze zu BERLIN (West) es den Mitgliedern der akkreditierten ausländischen Militärverbindungsmissionen nach wie vor nur erlaubt sei, die militärische Fahrbahn an der Grenzübergangsstelle 'Gliener Brücke' zu benutzen“.

14. November

Nur aus wenigen Städten werden Demonstrationen gemeldet, darunter in Zittau (mit ca. 2 000 Teilnehmern) und Riesa (mit ca. 1 000 Teilnehmern), die durch die SED organisiert wurden.

Erstmalig enthält die vom Chef des Hauptstabes der NVA für den Verteidigungsminister verfaßte Tagesmeldung verallgemeinerte Einschätzungen über den inneren Zustand der Truppe selbst. Die Angehörigen von NVA und Grenztruppen würden „mit politischer Standhaftigkeit und hoher Einsatzbereitschaft die ihnen übertragenen politischen, militärischen und ökonomischen Aufgaben“ erfüllen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen in den Partei- und militärischen Kollektiven ständen „Forderungen und Erwartungen über eine baldige Wende in der NVA und den Grenztruppen der DDR sowie für die Erneuerung der Parteiarbeit in den Streitkräften“. Massive Kritik werde weiterhin an der Arbeit des Ministeriums und der Politischen Hauptverwaltung geübt. Damit im Zusammenhang nehme „der Vertrauensverlust gegenüber der Armeeführung weiter zu“.

Der Grenzverkehr an den Grenzübergangsstellen zu Berlin (West) und zur BRD verläuft im wesentlichen ohne Störung, aber im Vergleich zu den Vortagen sinkend – mit Ausnahme an der Grenzübergangsstelle Vacha-Phillippsthal. Durch den Bundesgrenzschutz der BRD würden zunehmend Versuche zur Abstimmung gemeinsamer Handlungen zur Organisation des Grenzverkehrs unter Umgehung der Grenzinformationspunkte unternommen.

Im Tagesverlauf passierten die Übergänge in Richtung Berlin (West) ca. 600 000 Personen und in umgekehrter Richtung ca. 490 000 Personen.

Veränderungen in der Verstärkung der Grenztruppen im Bereich Berlin sind nicht eingetreten, gleiches gilt für die erhöhte Führungsbereitschaft.

15. November

Demonstrationen finden in Reichenbach mit ca. 3 000 Teilnehmern, mit je 2 000 Teilnehmern in Halberstadt und Bad Doberan, mit 1 500 Teilnehmern in Neustrelitz, mit 1 400 Teilnehmern in Greifswald, mit 1 000 Teilnehmern in Eisenberg und mit 600 Teilnehmern in Pasewalk statt. Die Demonstrationen verlaufen friedlich und ohne Vorkommnisse.

Der Grenzverkehr an den Grenzübergangsstellen zu Berlin (West) und zur BRD verläuft im wesentlichen ohne Störung. In den Grenzorten Weferlingen (Kreis Haldensleben), Buttlar (Kreis Bad Salzungen) und Ifta (Kreis Eisenach) fordern Demonstranten die Einrichtung weiterer Grenzübergangsstellen.

Im Verlaufe des Tages passieren in Richtung Berlin (West) und BRD ca. 740 000 Personen die Grenzübergangsstellen und in umgekehrter Richtung ca. 650 000.

An der Staatsgrenze der DDR zu Berlin (West) treten außer im Bereich des Brandenburger Tores keine Provokationen auf. „Die Zusammenrottung von ca. 2 500 Personen auf westlicher Seite, die Verringerung der Westberliner Polizeikräfte sowie die Ansammlung von ca. 250 Personen auf dem Territorium der DDR“ machen in der Nacht zum 16.11.1989 ab 00:20 Uhr den Einsatz zusätzlicher Kräfte der Grenztruppen in Kompaniestärke erforderlich.

Die Maßnahmen der erhöhten Führungsbereitschaft werden durch die Einsatzleitungen der DDR, im Verteidigungsministerium und in den Kommandos und Führungsorganen der NVA und der Grenztruppen der DDR weiterhin aufrechterhalten.

Die Bereitschaft in den festgelegten Objekten und Einrichtungen als Aufnahmeobjekte für Rückkehrer entsprechend Befehl 125/89 ist mit Stand vom 15. 11.1989, 18.00 Uhr, gewährleistet. Zur Zeit wird die Rückkehr einzelner ehemaliger DDR-Bürger gemeldet.

16. November

Erneut finden größere Demonstrationen in Erfurt mit ca. 10 000 Teilnehmern, in Gera mit 8 000, in Quedlinburg mit 5 000, in Großenhain mit 4 500, in Jena mit 4 000, in Rostock mit 1 500, in Ballenstedt mit 700, in Löbau mit 600 und in Neustadt mit ca. 450 Teilnehmern statt. Sie verlaufen friedlich und u.a. unter folgenden Losungen: „Einrichtung eines Zivildienstes“, „Abschaffung der Bezirksparteischulen“, „Bestrafung der Verantwortlichen des MfS“ und „Offenlegung der Strukturen des MfS“.

Der Grenzverkehr an den Grenzübergangsstellen zu Berlin (West) und zur BRD verläuft im wesentlichen ohne Störung – insgesamt ca. 957 000 Personen passieren an diesem Tage die Grenzübergangsstellen in Richtung Berlin (West) und BRD sowie ca. 792 000 in umgekehrter Richtung. Im Grenzgebiet Motzlar (Kreis Bad Salzungen) demonstrieren ca. 1 500 Personen mit der Forderung zum Errichten einer Übergangsstelle, auch die Bevölkerung in Dankmarshausen fordert weiterhin Gleiches.

Intensiv wird daran gearbeitet, ab 18.11.1989, 06:00 Uhr, folgende 17 neue Grenzübergangsstellen zu errichten: Schrampe, Böckwitz, Weferlingen, Hötenleben, Bühne, Bonese, Rotheshütte, Mellin, Mackenrode, Groß Töpfer, Treffurth, Ecklingerode, Ifta, Kirchgandern, Gompertshausen, Buttlar und Neundorf.

Auf einer außerordentlichen Sitzung der Verkehrskommission DDR/BRD, kurzfristig einberufen durch den Verkehrsminister der DDR auf Ersuchen des Chefs der Grenztruppen, werden notwendige Abstimmungsprobleme zur Öffnung von neuen Grenzübergängen beraten. Dabei bittet die bundesdeutsche Seite um sofortige Prüfung des Öffnens folgender Grenzübergangsstellen:

- Moorsleben – Helmstedt (F 1) zur Entlastung der Autobahn Marienborn – Helmstedt;
- Juchhöh – Töpen (F 2) zur Entlastung der Autobahn Hirschberg – Rudolphstein

sowie des unverzüglichen Ausbaus und der Inbetriebnahme der Autobahn Plauen – Hof.

Im Ergebnis der Prüfung dieser Vorschläge durch das Ministerium für Verkehrswesen in Zusammenarbeit mit dem Kommando der Grenztruppen wird festgelegt, die Grenzübergangsstelle Moorsleben – Helmstedt (F 1) am 18.11.1989, 06:00 Uhr, und die Autobahn Plauen – Hof ebenfalls am 19.11. 989, 06:00 Uhr, zu öffnen. Ein Grenzübergang Juchhöh – Töpen (F 2) kann noch nicht eröffnet werden, da die über die Staatsgrenze führende Brücke defekt ist.

Mit Wirkung vom 16.11. 989 wird die Aufnahmebereitschaft nachfolgend genannter Objekte für aus der BDR zurückkehrende DD-Bürger aufgehoben: Kaserne Mühlhausen, Truppenlager Weberstedt, Mehrzweckobjekt Bärenstein und Kinderferienlager

Kühlungsborn. Gleiches gilt für nachfolgende Objekte der Grenztruppen: Pabstorf, Lockstedt, Holzhausen, Riebau und Nettgau und - mit Wirkung vom 17.11.1989 – auch für die NVA-Kaserne Erfurt, Jenaer Straße. Die in den Objekten getroffenen Ausstattungsmaßnahmen werden nicht rückgängig gemacht, eine kurzfristige Wiederherstellung der Aufnahmebereitschaft ist gewährleistet.

Die Aufnahmebereitschaft des Objektes der Grenztruppen der DDR in Hötensleben wird beibehalten.

Die erhöhte Führungsbereitschaft im Verteidigungsministerium sowie in den Kommandos und Führungsorganen der NVA und der Grenztruppen der DDR wird weiterhin aufrechterhalten, für die Einsatzleitungen wird sie in Hausbereitschaft umgewandelt.

17. November

Weiterhin finden Demonstrationen statt – mit ca. 4 000 Teilnehmern in Dessau, mit je 3 000 in Aschersleben und Auerbach, mit je 2 000 in Querfurt und Klingenthal, mit 1000 in Berlin, mit 700 in Neu Buckow, mit 500 in Schlema und mit ca. 350 Teilnehmern in Zella-Mehlis. Die Demonstrationen verlaufen friedlich und ohne Vorkommnisse.

Der Grenzverkehr an den Übergängen zu Berlin (West) und zur BRD verläuft im wesentlichen ohne Störung.

Die Maßnahmen der erhöhten Führungsbereitschaft bzw. der Hausbereitschaft bestehen wie am Vortage weiter.

18. November

Ab 06:00 Uhr werden neue Grenzübergangsstellen an der Grenze zur BRD geöffnet.

Im Bezirk Magdeburg:

1. Schrampe – Schletau
2. Bonese – Schafwedel
3. Mellin – Brome
4. Böckwitz – Zicherie
5. Weferlingen – Grasleben (nur für Fußgänger)
6. Moorsleben – Helmstedt
7. Benneckenstein – Hohegeiß
8. Bühne – Hornburg (nur für Fußgänger, erst ab 19.11., 08:00 Uhr)
9. Hötensleben – Schöningen (nur für Fußgänger).

Im Bezirk Erfurt:

1. Mackenrode – Nüxel
2. Großtöpfer – Heldra (nur für Fußgänger)
3. Treffurt – Heldra (nur für Fußgänger)
4. Ecklingerode – Duderstadt (nur für Fußgänger)
5. Ifta – Rittmannshausen
6. Dankmarshausen – Widdershausen (nur für Fußgänger)
7. Kirchgandern – Besenhausen (nur für Fußgänger)
8. Wahlhausen – Allendorf (nur für Fußgänger)

Im Bezirk Suhl:

1. Buttlar – Rasdorf
2. Eishausen – Rodach.

Im Bezirk Gera:

1. Neundorf – Nordhalben
2. Plauen – Hof (Autobahn) (erst am 19. 11. 1989)

24. November

Im Bezirk Suhl werden folgende neue Grenzübergänge an der Grenze zur BRD eröffnet:

1. Melpers – Fladungen
2. Neuhaus – Schierschnitz – Kronach
3. Spechtsbrunn – Tettau.

Mit diesem Tag ergibt sich folgende Gesamtübersicht zur raschen Öffnung neuer Grenzübergangsstellen an der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD:

Gesamt	bisher	bis	bis	bis	jeweils
		14.11.1989	18.11.1989	24.11.1989	hinzu
Autobahn/Str.	10	13	20	4	47
Eisenbahn	8	-	-	-	8
Wasser	2	-	-	-	2
Gesamt	20	13	20	4	57

29. November

Der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, E. Krenz, erläßt den Befehl Nr. 16/89 „über die Einstellung der Tätigkeit der Einsatzleitungen der Bezirke und Kreise“ der DDR.

Hiernach haben die genannten Einsatzleitungen mit Wirkung vom 30.11.1989 ihre Tätigkeit einzustellen. Damit verbunden werden das Statut der Einsatzleitungen vom 27.10.1981 und alle weiteren die Tätigkeit der Einsatzleitungen betreffenden Grundsatzdokumente außer Kraft gesetzt.

Die kurzfristige Nutzungsfähigkeit der Führungsstellen der bisherigen Einsatzleitungen solle gewährleistet werden.

Außerdem werden hiermit die Befehle Nr. 10/89, 11/89 und 12/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR aufgehoben.

Abschließend wird Dank und Anerkennung dafür ausgesprochen, daß „durch die Tätigkeit der Vorsitzenden und aller Mitglieder der Einsatzleitungen sowie ihrer Arbeitskollektive ... ein wertvoller Beitrag zur Entwicklung und Stabilität der Landesverteidigung sowie zur Erfüllung der Bündnisverpflichtungen der DDR im Warschauer Vertrag geleistet“ worden sei.